

Volksblatt für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksblatt“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Edition: Hirschstraße 4/6, durch die Buchhandlungen des „Volksblatt“, Neue Gravenstraße 6 und Friedrich-Wilhelm-Straße 106, Matthäuskirche 153, sowie durch alle Buchläden zu beziehen.

Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,12 Rmt. + 8 Pf. Trägerzoll. 2,10 Rmt. Durch

je 0,50 Rmt., monatlich 1,76 Rmt. + 36 Pf. Trägerzoll. 2,10 Rmt. Durch

die Post einzeln Zustellungsgebühren 2,66 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Aufschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postgeschäft-Amt Breslau Nr. 3852.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Überlangt eingeladene Manuskripte werden nur zurückgefordert, wenn Rückporto beisteht

Unzeigenspreis: Je 100 Meter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien
20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Vereins-,
Veranstaltungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro
Wort 2 Pf., das seite Wort 4 Pf. Anzeigen für die obige Stammes
während bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptredaktion
Hirschstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgeben werden.

Stadt mobil!

Gegen den Abbau des Arbeitslosenlöhnes

Berlin, 15. Mai. (Eig. Bericht.)

Was das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt als Lösung des Arbeitslosenproblems vorschlägt, darf unter keinen Umständen Gesetz werden. Die Vorentscheidung, die nach den Plänen des Kabinetts Brünning das Gutachten darstellen soll, muss bei der wirklichen Entscheidung im Reichstag weggeworfen werden.

Das ganze werktätige Volk, die gesamte Arbeiterschaft, einschließlich der christlichen Arbeiter, muss sich gegen die Ungeheuerlichkeiten des Gutachtens auflehnen.

Was die Sozialreaktion im Augenblick wollte, war nichts anderes als die Verschärfung oder Verkrüppelung der Arbeitslosenversicherung selbst. Die Vorläufe in der bürgerlichen Presse zum Zweck der Herausnahme der Saisonarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung und die Aktion des Deutschen Nationalen Handlungshilfsverbandes zur Schaffung von Erfahrlässen für die Angehörigen zeigen, dass das Fundament der Arbeitslosenversicherung bedroht war. Der zähe Widerstand der freien Gewerkschaften hat dafür gesorgt, dass auch in der Zeit, wo die Sozialdemokratie nicht in der Reichsregierung ist, die Bäume der Sozialreaktionäre nicht in den Himmel wachsen. Trotzdem und bleibt das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt ein brutaler Aufschlag gegen die Arbeitslosen. Man will ihnen den schon fast leeren Brotkorb noch höher hängen. Man will einen Haub am Brot der Armut des deutschen Volkes. In der Zeit von der „Vorentscheidung“ bis zur Hauptentscheidung muss der frei organisierte Arbeiterschaft das ganze Volk zum Widerstand gegen den Leistungsbau in der Arbeitslosenversicherung in Stadt und Land mobilisiert werden. Das kann nicht schwer fallen; denn wenn erst einmal bei den breiten Massen erkannt wird, was an Leistungsbau geplant ist, dann wird ein Bollsturm losbrechen.

Was will das Gutachten des Vorstandes der Reichsanstalt? Dafür wie die Tatsachen sprechen. Im Vordringen der Gewerkschaftsverbände stand der Kampf um die Unterstützung der Arbeitslosen mit kürzerer als 52-wöchiger Anwartschaft. Der alte Zentrumsantrag „Tiersch-Niesener“ der im vorigen Jahr bereits im Reichstag eine Rolle spielte, lebt wieder auf. Danach soll die volle Unterstützung nur der Arbeitslose erhalten, der mindestens eine durch Unterstützungsbezug nicht unterbrochene Anwartschaft von 52 Arbeitswochen hat, während eine kürzere Anwartschaft nur zu einer geringeren Unterstützung berechtigen würde. Was bedeutet dieser Antrag? Er ist heute eine noch gröbere Ungeheuerlichkeit als im vergangenen Jahr; denn heute sieht man immer deutlicher, dass das einzelne Arbeitsverhältnis mehr und mehr ein kurzfristiges wird. Selbst in der Landwirtschaft zeigen sich immer häufigere Arbeitsunterbrechungen. Die Folge wäre nach dem Gutachten also, dass alle Versicherten, die nicht das Glück haben, langdauernd beschäftigt zu sein, künftig unter die einschränkenden Bestimmungen fallen und bei der Unterstützung sozusagen auf halbe Nation gesetzt werden. Immer noch will man im Zentrum nicht einsehen, dass die Zahlung der Säcke der Krisenunterstützung bei kurzfristiger Anwartschaft gerade die Ungleichheit trifft, die immer wieder Perioden der Arbeitslosigkeit durchmachen müssen. Wer weniger die Unterstützung in Anspruch nimmt, soll bevorzugt werden, d. h. wer hat, dem soll gegeben werden. Man will angeblich die Arbeitsmoral heben, — in Wirklichkeit trifft man grausam und erbarmungslos Hunderttausende, die nichts dafür können, dass sie nur kurzfristig Beschäftigung finden. Leider haben sich die christlichen Gewerkschaften

durch das Gerede, dass die Grundsätze einer Versicherung beachtet werden müssten, für die unssoziale Unterstützungskürzung breit-schlagen und in die Front der Sozialreaktionäre drängen lassen. Sie wollen damit die Sonderregelung der Saisonarbeiter überflüssig machen. Der Saisonarbeiter, der keine 52 hintereinander liegende Beschäftigungswochen aufweisen kann, fällt naturngemäß unter die Unterstützungskürzung. Bisher hatte der Saisonarbeiter, abgesehen von den 3 bis 4 Monaten der berufssüdlichen Arbeitslosigkeit, Anspruch auf die volle Unterstützung. Jetzt soll er überhaupt nur die Krisensäcke erhalten und, damit Gerechtigkeit herrsche, erstrebt man diese Verschlechterung gleich auf alle anderen Arbeitnehmer. Eine saubere Lösung des Saisonarbeiterproblems! Und auch damit noch nicht genug: für die Verschlechterung der Unterstützung während des ganzen Jahres sollen die Angehörigen der Saisonberufe nun auch noch vielsch Höhere Beiträge bezahlen! Ein geradezu tolles Unfassbare!

Den Arbeitslosen, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, will man den Unterstützungsanspruch nehmen. Sie sollen ihren seit der letzten Unterstützung geleisteten Beitrag zurück erhalten, jedoch nur bis zu höchstens 100 Mark. Alle Welt weiß, dass die 65-jährigen infolge der geringen Altersversorgung nicht gerne auf Beschäftigung verzichten. Trotzdem will ihnen das Gutachten den Unterstützungsanspruch in der Versicherung rauben. Wenn zwei Ehegatten zugleich Unterstützung beziehen, soll die niedrigere Unterstützung um die Hälfte gekürzt werden, ausgenommen Ehegatten mit Kindern unter 14 Jahren oder mit arbeitslosen Kindern unter 17 Jahren. Auch hier haben die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften für die Verschlechterung gestimmt.

Arbeitslose bis zum 17. Lebensjahr sollen nur dann Unterstützung erhalten, wenn sie keinen familiären Unterstützungsanspruch haben. Die Arbeitgeber hatten als Grenze das 20. Lebensjahr gefordert. Sie haben keine Ahnung davon, dass der Verdienst der Jugendlichen unter 17 Jahren heute in der Mehrzahl der Fälle für die Familie eine glatte Notwendigkeit ist. Dieser Vorschlag schafft nur Verwitterung. Geld bringt er nicht ein, da der Zufluss an Jugendlichen in den nächsten Jahren nachlässt. Auch die Heimarbeiterinnen, Wartestauen, Zeitungsaussträgerinnen usw. hat man nicht geschont. Geringfügige Beschäftigungen, d. h. solche, die weniger als 24 Stunden in der Woche dauern oder für die nicht mehr als 8 Mark wöchentlicher Verdienst erzielt wird, sollen künftig grundsätzlich versicherungsfrei sein.

Eine böse Pitanei von Verschlechterungen, gegen die sich die freien Gewerkschaften bei den Verhandlungen mit alter Macht gestemmt haben. Man will rund 100 Millionen durch Leistungsbau eingesparen, weil man vor dem von der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften empfohlenen Weg eines allgemeinen Notopfers der Höherbezahlten zurücktritt. Zur Empfehlung eines allgemeinen Notopfers hat sich der Vorstand der Reichsanstalt nicht ausgerufen. Es hieß, es sei nicht seine Sache, dem Reich Deckungsvorschläge zu machen. Als ob seine Ersparnisvorschläge nicht auch Deckungsvorschläge darstellen!

Engherzigkeit, wo gemäß der Pflicht der Allgemeinheit für die Aufrechterhaltung des Arbeitslosenschutzes gehandelt werden muss, und Grausamkeit gegenüber den Opfern der Wirtschaftskrise und Wirtschaftsentwicklung blidet aus dem Gesicht des dem Kabinett Brünning auf Bestellung gelieferten Gutachtens.

Gegen diese Politik der Engherzigkeit und Grausamkeit kann es nur rücksichtslos kämpfen. Voll, wehr dich!

empfänger, die weniger als 52 Beitragswochen vor der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung zu verzeichnen hätten, die Unterstützung auf die Säcke der Krisenfürsorge herabgemindert werden. Davon würden gerade die Unterstützten der höchsten Klasse bis zur Klasse VIII hinab betroffen. Das aber würde in erster Linie mit die Bauarbeiter betreffen, die wohl ausschließlich in diesen höheren Beitragsklassen versichert seien. Nach der Erhebung des vergangenen Jahres hätten nur 11,7 Prozent der Bauarbeiter eine Beitragszeit von 52 und mehr Beitragswochen gehabt. Die Vorschläge der Reichsanstalt ließen auch darauf hinaus, den auf Grund der Versicherungsleistungen erworbene Rechtsanspruch in allen Fällen zu mildern, in denen beide Ehegatten Unterstützung bekommen. Niemals sei es im Versicherungsrecht üblich, Leistungsansprüche, die auf Grund von Beitragszahlungen erworben seien, von den Einnahmen anderer Familienmitglieder abhängig zu machen. — In später Abendstunde wurden die Verhandlungen auf heute vertagt.

A. Kr. Aus den beiden vorstehenden Berichten ergibt sich, dass der erste gestern von uns abgedruckte Bericht über das Gutachten der Reichsanstalt zur Reform der Arbeitslosenversicherung zu günstig war. Er war gewiss nicht falsch, aber er war in wesentlichen Punkten unvollständig. Insbesondere war eine ganze Reihe weiterer Verschlechterungen, die nun heute in den beiden vorstehenden Berichten angeführt werden, in ihm nicht mit angeführt. Es bestätigt sich, dass unsere gestrige, wegen des relativen Optimismus des Berichts zunächst noch sehr vorhastig ausgesprochene Vermutung, dass die vorgeschlagenen Verschlechterungen die wenigen Verbesserungen, die vorzusagen werden, übertreffen, durchaus begründet war, noch mehr begründet, als wir gestern auf Grund des ersten zu günstigen Berliner Berichts ahnen konnten. Insbesondere bestätigt sich jetzt, dass unter Zeitschreibung, dass die Hauptverschlechterung einen größeren Kreis von Arbeitslosen trifft als die Verbesserungen, die die Gewerkschaften durchsetzen könnten, durchaus richtig ist. Die Zahlen, die Anhäuser und Wissell dafür gestern im Haushaltungsausschuss angeführt haben, sind wahrhaft erschütternd. Diese Zahlen zeigen, dass insbesondere die mittelbaren Saisonarbeitslosen viel zahlreicher sind, als man sich gemeinhin vorstellt. Außerdem dürfte die Zahl der unmittelbaren und mittelbaren Saisonarbeitslosen im letzten Jahre abnormal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen Saisonarbeitslosigkeit mittelbar sogar eine vorübergehende Senkung der allgemeinen Wirtschaftslage eintrat. Hinzu kommt erschwerend, dass die jetzige große Konjunkturwertslosigkeit so kurze Zeit nach jener großen saisonmäßig bedingten Erwerbslosigkeit auftrat. Das hatte zur Folge, dass auch zahlreiche Erwerbslose, die nicht eigentlich Saisonarbeitslose sind, jetzt, als sie nun aus Konjunktur- oder Rationalisierungsgründen wieder erwerbslos wurden, die 52 Wochenanwartschaft noch nicht wieder erreicht hatten. So kommt es, dass zurzeit auch zahlreiche nicht Saisonarbeitslose von dem geplanten Abbau mit betroffen sind, im letzten Jahre normal groß gewesen sein, größer als es gemeinhin der Fall ist, weil im Winter 1928/29 die Saisonarbeitslosigkeit abnormal lang dauerte und abnormal umfangreich war, auch Wirtschaftszweige ergriff, die sonst keine eigentliche Saisonarbeitslosigkeit haben, und weil zudem wegen der abnormalen Länge und Größe der eigentlichen

Reichskabinett wollte. Demnach wäre es sehr wohl möglich, daß die Macht einer Minderheit von Qualität widerstand entgegensteht und damit in Meinungsverschiedenheiten mit dem eigenen Reichskabinett geraten würde. Dem Reichskabinett sind diese Gedanken seiner Macht natürlich bekannt und er hat daraufhin einen anderen Plan ergriffen. Er wird dem Kabinett den Antrag unterbreiten, den Minister Trenkau zu mit dem Hauptkonservat für das Ostprogramm zu beauftragen. So wie dieser Minister im Kabinett gebilligt werden, so könnte für die Durchführung des Ostprogramms wiederum der Vorsitz des Ministeriums für die betroffenen Behörden eingesetzt werden. Vielleicht würde dann damit gerechnet werden, daß das Ministerium einem einzigen personellen und sach-

lichen Umbau hauptsächlich nach der Verwaltungsspitze unterliegen würde. Damit aber wäre der Gedanke eines Kreuzkampfes nicht zum Ende, der schon seit längerer Zeit in parteipolitischen Kreisen lebt, weit wirtschaftlich. Wie können uns zunächst nicht vorstellen, daß das Kabinett Berlin, das die Konsolidierung in der Verwaltung als Progrommpunkt sieht, durch die Erhaltung eines längst abbaubaren Ministeriums unter anderem Namen seine Hand hält und damit seinen eigenen Grundlagen unterwerfen sollte. Wie weiter verlautet, seien sich führende Verbindlichkeiten des Reichsverbandes der Industrie dafür ein, daß das Ostprogramm unter der Leitung von Trenkau durchgeführt werde. Versprechungen in diesem Sinne sollen bereits aufgenommen sein."

Reichskabinett nimmt Osthilfsgebot an

Berlin, 16. Mai. (Eig. Funckbericht.)

Das Reichskabinett hat am Donnerstag abend das Osthilfsgebot verabschiedet. Die endgültige Formulierung des Gesetzes soll heute erfolgen. Auch die Ausführungsbestimmungen will man noch heute festlegen. In der gestrigen Kabinettssitzung waren beigetragen die Reichsbank, Preußenkasse, die Rentenbank-Kreditanstalt und das Preußische Staatsministerium.

Das von dem Reichsinnenministerium ausgearbeitete Ostprogramm besteht in seiner jetzigen Fassung nicht mehr, wie ursprünglich beabsichtigt, aus einem Rahmengebot mit leichten Einzelheiten, sondern es handelt sich um ein zusammenfassendes Gesetz, in das sämtliche Ermächtigungen für das Kabinett hineingearbeitet sind und um ein Spezialgebot für die Errichtung der Abschöpfungsbank. Der Charakter des Gesetzes ist der eines Ermächtigungsgesetzes. Die wiederholten Verhandlungen mit dem preußischen Kabinett und die Erörterungen innerhalb der Reichsregierung haben jedoch dazu geführt, daß die notwendige enge Zusammenarbeit mit Preußen auch gesetzlich festgelegt wird. In dem Gesetzesentwurf ist deshalb u. a. eine Bestimmung enthalten, nach der die Reichsregierung das Gesetz im Einvernehmen mit der preußischen Regierung durchführen wird. Materiell wird diese Zusammenarbeit zunächst dadurch in Erscheinung treten, daß die Preußenkasse sich an der geplanten Abschöpfungsbank beteiligt.

Die Zuwendungen für die Osthilfe stellen sich nach dem jetzigen Programm auf 116 Millionen im laufenden Jahr und auf je 100 Millionen in den vier folgenden Jahren, so daß der Gesamtbetrag in fünf Jahren rund 520 Millionen Mark betragen dürfte.

Vorschläge der Industrie zur Durchführung des Ostprogramms

Die Reichsregierung traut sich mit dem Plan, u. a. die aus der Industriebelebung kommenden Summen für die Durchführung des Hilfsprogramms für den Osten zu verwenden. Einen ähnlichen Vorschlag hat bereits der Großindustrielle Dr. Silverberg auf der außerordentlichen Generalversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie im Dezember 1929 gemacht. Auch die Botschaft des Reichspräsidenten über die landwirtschaftliche Hilfsaktion hat eine solche Finanzierung angeregt. Dazu wird vom Reichsverband der deutschen Industrie mitgeteilt, daß er grundsätzlich nichts gegen die geplante Verwendung der in Frage kommenden Mittel einzuwenden habe, jedoch müsse das Eigentumsrecht der an der Abschöpfung beteiligten Gruppen, die ja 90 Prozent der Industrie gehören, gewahrt bleiben. Die Gelder der Bank für Industrie obligatorisch einkommen im Rahmen der Hilfsaktion für den Osten nur als Darlehen verwandt werden.

Im übrigen schlägt der Reichsverband der deutschen Industrie folgende Änderungen der Aufbringungsteuer vor: Die mittleren Industrievermögen (bis zu einer Million Mark) sollen von der Belastung befreit werden. Dadurch würden sich die Steuertreäge auf etwa 200 Millionen Mark vermindern und 88 Prozent der bisher steuerpflichtigen ausscheiden. Die Aufbringungsteuer müsse jährlich um 40 Millionen Mark erhöht werden, so daß sie im Jahre 1935 völlig wegfallen. 40 Prozent der Mittel seien für die Industrie, insbesondere für die notleidende kleine Industrie und 60 Prozent für die landwirtschaftlichen Betriebe zu benennen. Im letzteren Fall sei darauf zu achten, daß die Mittel nur solchen Betrieben zufließen, die gesund seien und noch aufrecht erhalten werden könnten. Die Bank für Industrieobligationen solle als Truhänderin fungieren. Die industriellen Hilfsmittel seien von ihr selbst zu vergeben. Die Regelung der Umschuldung bei den landwirtschaftlichen Betrieben solle der Reichsverband der deutschen Industrie der sogenannten Abschöpfungsbank übertragen, die im Rahmen des Ostprogramms und als Tochtergesellschaft der Rentenbank-Kreditanstalt zu gründen sei. Die aus den gewöhrten Hilfsmitteln entstehenden Zinsen und Amortisationen müßten wieder den gleichen Zwecken zugeführt werden.

Der Reichsverband verweist zum Schluß darauf, daß es unabdingt notwendig sei, durch unparteiische Stellen zu prüfen, ob die für die Hilfsaktion in Frage kommenden Betriebe noch stahlwürdig sind. Er lehnt also eine parteiische Verteilung der Gelder, wie sie beispielsweise der Reichsernährungsminister Schiele für das Ostprogramm fordert, aus wohlerwogenen Gründen ab.

Sozialreactionäre Beschlüsse des Bürgerblocks

Berlin, 15. Mai. (Eig. Bericht.)

Der Haushaltsausschuss des Reichstages hat am Donnerstag sämtliche sozialdemokratischen Anträge auf Ausbau der Invalidenversicherung und auf Beseitigung der Streichungen am Sozialstaat abgelehnt. Alle Hinweise auf die Sicherung der Volksgesundheit waren vergeblich.

Die für die Kleinrentnerunterstützung im Staat vorgesehene Summe von 35 Millionen Mark wurde auf 40 Millionen erhöht. Der Zuschuß des Reiches zur Aufwertung der Renten in den Werkspensionskassen ist auf Antrag Kuhhäuser (Soz.) von 3 auf 3½ Millionen erhöht worden.

Briand und Curtius über die Räumung Einigkeit über den Termin

Genf, 15. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

In einer am Donnerstag abend abgehaltenen Besprechung zwischen dem französischen Außenminister Briand und dem Reichsausßenminister Dr. Curtius wurden Richtlinien für die Rheinlandräumung festgelegt. Ihre endgültige Gestaltung soll im einzelnen durch Verhandlungen des deutschen Botschafters in Paris mit der französischen Regierung erfolgen. Über das Datum der Rheinlandräumung ergab sich zwischen dem Reichsausßenminister und Briand vollkommene Übereinstimmung. Sobald die Rheinland-

räumung erfolgt ist, werden auch die Bahnschutzzonen aus dem Saargebiet freigegeben.

Am Donnerstag abend hatte Curtius u. a. auch mit dem Holländischen Außenminister Grandt eine Aussprache.

Postbeamtenstreit in Paris

Paris, 16. Mai. (Eig. Draht.)

Die Beamten sämtlicher Pariser Telephon-Zentralen haben am Donnerstag einen mustergültig organisierten zweistündigen Proteststreik durchgeführt. Von 11 Uhr vormittags stellte das Telephon- und Telegraphenamt der Börse, das insbesondere für den Fernverkehr das wichtigste der Börse wurde dann im Abstand von wenigen Minuten von Stockte fester Telephonverkehr. Am Donnerstag abend folgten die Postbriefträger ebenfalls mit einem zweistündigen Proteststreik.

Gegenstand des Konfliktes zwischen der dem allgemeinen sozialistischen Gewerkschaftsbund der CGT angehörenden Postbeamten und der Regierung sind die bisher immer noch unberücksichtigt gebliebenen Forderungen der Postbeamten nach Aufwertung ihrer Löhne auf den Friedensstandards. Die Verhandlungen darüber werden seit Monaten hingeschleppt. Die Gehälter der Staatsbeamten wurden bereits zweimal angehoben, während sich die Postbeamten mit Versprechungen und ungeraden Bedingungen begnügen mußten. Der Postminister Mallarmé, der sich zurzeit in Algier vergnügt, und der über die wachsende Erregung im Lager der Beamtenschaft unterrichtet werden war, sandte am Mittwoch an die Postgewerkschaft ein Telegramm, in dem er bat, vor seiner Rückkehr keine Kampfmahnahmen zu ergriffen.

Der Ministerrat, der am Donnerstag vormittag zum erstenmal seit Monaten wieder zusammensetzte, befaßte sich ausdrücklich mit dem Streik. Die letzte Warnung der Postbeamten hatte offenbar ihre Wirkung getan; denn Tardieu und seine Ministerkollegen zeigten sich plötzlich entschlossen und beschlossen, die Gehaltsangleichung zu beschleunigen und nicht den üblichen Amtsweg gehen zu lassen. Außerdem sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, um für den Fall der Wiederholung des Streiks die Durchführung des Post-, Telegraphen- und Telephonverkehrs sicherzustellen.

Paris, 16. Mai. (Eig. Funckbericht.)

Die Regierung läßt mitteilen, daß sie drei Bataillone regimenter mobil gemacht habe, die im Falle eines neuen Poststreiks sofort in Aktion treten würden. Gegen die Beamtenschaft soll im Falle eines neuen Streiks entschieden vorgegangen werden. Auch will sich die Regierung an den Bünden, die einen derartigen Streik unterstützen, rächen. Alles das hat die Pariser Postbeamten nicht abgelehnt. Am Donnerstag abend einen 24stündigen Proteststreik zu beginnen, der begonnen werden soll, sobald die Regierung irgendwelche Maßnahmen gegen die an dem geplanten Streik beteiligten Beamten und Angestellten ergriffen sollte.

Die Industrie über die Agrarpolitik

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat am Donnerstag "Vorschläge für eine wirksame Verbessezung der Lage der Landwirtschaft" veröffentlicht. Es handelt sich um ein Gutachten, das von einer Reihe von Wissenschaftlern im Auftrage des Reichsverbandes erstellt wurde. Insbesondere sind erste Fachleute aus dem Gebiet der Betriebswirtschaft und - des Wohlens herangezogen worden. Das Gutachten liegt auf der Linie einer sozialen und schnellen Nationalisierung der Landwirtschaft, die die Sozialdemokratie seit Jahren vertreibt und von der die Regierung Brüning-Schiele in ihren letzten Maßnahmen in bedeutschem Maße abgewichen ist.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie betont in seiner Veröffentlichung, daß grundsätzlich die bisherige Zollpolitik nicht beantstanden werde, ohne daß er jedoch die getroffenen Maßnahmen in ihren Einzelheiten billigen könnte. Die Bevorzugung ist natürlich auf den Nachsatz zu legen. Es ist für die Grüne Front und für die Regierung Brüning-Schiele kein erhebendes Gefühl, wenn die deutsche Industrie jetzt mit aller Macht darauf drängt, daß mit der landwirtschaftlichen Nationalisierung endlich ernst gemacht wird.

Das Gutachten geht von der Überzeugung aus, daß ein Teil der notwendigen Nationalisierung sehr schnell durchgeführt werden kann und die vorgeschlagenen Maßnahmen sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit günstig auswirken, wenn sie rasch und tatkräftig durchgeführt werden. Belangt wird 1. Einführung der Einfuhr ausländischer Erzeugnisse durch Zölle oder sonstige handelspolitische Maßnahmen, 2. Aufbau einer zeitgemäßen, den deutschen Verhältnissen angepaßten Absatzorganisation, 3. Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik mit dem Ziel, in erster Linie die Erzeugungskosten zu senken und erst in zweiter Linie

die Erzeugung zu vermehren, 4. zeitgemäßer Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens.

Das Hauptgewicht des Programms liegt auf der Verbesserung der Absatzorganisation, der Technifizierung des landwirtschaftlichen Erzeugungsprozesses und der Erziehung von Fachkräften für die landwirtschaftliche Arbeit. Das Gutachten kommt natürlich auch zu dem Schluss, daß Zölle in praktisch möglicher Höhe eine zur Behebung der augenblicklichen Notlage der Landwirtschaft ausreichende Steigerung der Einnahmen nicht bringen können. Daraus wird gefolgt, daß der überwiegende Teil der notwendigen Wehrmachtnahmen durch andere Maßnahmen geschaffen werden muß, die im Inlande zu ergreifen sind, zum Beispiel durch Senkung der Produktionskosten. Zusammenfassung großer einheitlicher Mengen qualitativ verbesserten Erzeugnisses in zweckmäßig ausgebauten Spezialorganisationen usw. Außerdem wird die Notwendigkeit der Typisierung und der Standardisierung dargelegt. Der Rahmen dafür soll durch eine Reichsabsatzregelung geschaffen werden, die eine Gewähr dafür gibt, daß Deutschland auch im Innern für den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den Gütekategorien, Notierungen und Handelsgebräuchen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet wird. Nur wenn dies der Fall sei, die Inlandswaren den konkurrenzenden Auslandswaren qualitativ gleichwertig seien und durch leistungsfähige Absatzorganisationen zusammengelegt und wieder verteilt würden, werde es gelingen, dem Auslandswettbewerb zu begegnen. In diesem Sinne wird empfohlen, daß öffentliche Mittel für landwirtschaftliche Zwecke nur dann gewohnt werden, wenn sich der Empfänger den Bestimmen des Reichsabsatzabgelebtes in allen Teilen unterstellt. Die Absatzorganisationen sollen von der Landwirtschaft selbst geschaffen und verwaltet werden. Die Reichsausschüsse dürfen im wesentlichen nur den Charakter einmaliger Errichtungshilfen tragen.

Giganten der Landstraße

Ein Rennjahren-Roman von Andre Neaze

Autorisierte Übersetzung von Fred A. Angermayer

Copyright by Büchergilde Gutenberg Berlin

[Nachdruck verboten]

"Dann ist es vielleicht besser, wir werfen die Blumen fort", sagte Boult, "denn ich möchte Sie gern lebendig vom Aubisque herunterbringen!"

Ein lippig grünes Tal, das von hohen Bergen umschlossen war, sah sich gerade vor ihnen auf. Kleine Bergdörfer waren auf gigantische Felsblöcke hingeklaut und lagen aus wie im Film. Überall rauschten klare Gebirgsbäche nieder. Der Weg führte über die Aubisque, deren bläuliche Wasser phantastische Schaumkronen trugen. Dann stieg die Straße nach Gauz-Bonnes hinauf. Die Fahrer stiegen ab. Wie immer, wenn sie am Fuße eines sehr hohen Berges angelangt waren, wechselten sie den Gang, änderten die Überleitung. Also wurden die Kugelräder des Hinterrades gelöst, die Kette abgenommen und das Rad umgedreht. Die Hinterräder hatte zwei verschiedene große Zahnräder. Die Fahrer legten die Kette auf den höheren Zahnräder und erzielten dadurch im Handumdrehen eine niedrigere Überleitung. Gumba-Laford, der auf die Wacke drückte, überwand die Glücksburg und lag bald sehr weit vor dem Feld. Molotz zog die Sicheln und lachte:

"Wozu in die Hände spucken, wenn man sowieso ins Schwimmbad geht!"

Die beginnende Rennfahrt belädt die ganze Rennstraße. Die Fahrer aber, in den Autos sitzen, tun als ob sie nichts wüssten. Sie lächeln und schwatzen lächelnd.

"Wie lange ist es noch bis Gauz?" fragte Weinicus.

"Nicht mehr als zehn Kilometer", erwiderte Rambouillet. "Und auf dieser Strecke kann man eigentlich nichts machen. Nur wenn man auf die Bergpiste kommt, kann man etwas machen." Weinicus nickte.

"Wie lange ist es noch bis Gauz?" fragte Weinicus.

"Nicht mehr als zehn Kilometer", erwiderte Rambouillet. "Und auf dieser Strecke kann man eigentlich nichts machen. Nur wenn man auf die Bergpiste kommt, kann man etwas machen." Weinicus nickte.

Feld, doch heute abend in Duchon führt vielleicht der Spikenreiter mit anderthalb Stunden. Diese gewaltige Umwälzung im Stärke des Rennens pflegen die hohen Berge immer mit sich zu bringen. Sehen Sie, dort liegt schon Gauz-Bonnes! Jetzt müssen wir vorschnell, Boult, sonst kommen wir nicht mehr durch!"

Das Kurzhaus von Gauz-Bonnes, das malerisch neben der Kirche und gerade an einer schönen Kurve gelegen ist, wimmelt von Menschen, die in heller Begeisterung die Rennfahrer begrüßen, die sich nun mit den gigantischen Bergen messen wollen. Die Straße stieg hier mauersteil empor, daß die Autos wie hörsige Pferde rodeln, die sich jede Gefahr aufzubauen drohten, weil die Bergengruppe nur mehr unregelmäßig vor sich ging. Die Fahrer aber, von der Menge angesteuert, standen in den Pedalen, daß die Räder in ihrem ganzen Getriebe knirschten, und bogen sich, als wollten sie sich vor dem Zurkagelenk reißen, mit übermenschlicher Anstrengung zu klettern...

Tompier!... Tompier!

Wie ein Taucher, der langsam an die Oberfläche stöhnt, stieg er allmählich über die anderen empor. Seine Trittbrettfäße leuchteten in der schmalen Straße wie eine Sonne. Nur im Sattel stand, kletterte er in gleichmäßigen Tempo, die Wüste auf den Fuß gebracht und die Wucht der Arme mit dem Druck der Schultern unterdrückt.

Siebenzig Schritte trennten ihn noch vom Gipfel.

Etwa fünfzig Schritte hinter ihm kam Argentea. Sein Abstand von Mergals wurde mit jedem Schritt größer. Hundert Meter zurück, Hundert Meter voraus, und Mergal raste, und Argentea raste, und die beiden rasteten auf dem Kurvenbogen des Berges frohen milde, von Schiefdrücken, gebeite Wunden: die Trümmer des zerstörten

Kleinstadt. Kleine Steine, die seine Reifen vom Weg stieben, faulten wie Gewehrgranaten durch die Luft. Schweiz rann ihm in breiten Straßen über das schmerzerfüllte Gesicht, über die angepannten Oberarmmuskeln und über seine von der gewaltigen Anstrengung zusammengepressten Schenkel. Er trat in die Pedale, als wollte er sie zermaulmen. Die ausgeglättete Elastizität seines Körpers ließ sich auf sein Rad übertragen zu haben. Es lag aus als Borte des Weges auf dem dunklen Wüsch der Berge dahingestillt.

Kleine Steine, die seine Reifen vom Weg stieben, faulten wie Gewehrgranaten durch die Luft. Schweiz rann ihm in breiten Straßen über das schmerzerfüllte Gesicht, über die angepannten Oberarmmuskeln und über seine von der gewaltigen Anstrengung zusammengepressten Schenkel. Er trat in die Pedale, als wollte er sie zermaulmen. Die ausgeglättete Elastizität seines Körpers ließ sich auf sein Rad übertragen zu haben. Es lag aus als Borte des Weges auf dem dunklen Wüsch der Berge dahingestillt.

Gipfel aber thront mit tragischer Nachtheit im Blauen. Tompier kletterte noch immer mit demselben gleichmäßigen Tritt und war in dieser trostlosen Landschaft wie ein kleiner duftiger Blatt von erstaunlicher Farbkraft.

Wenn er manchmal die Aluminiumflecke an die Lippen führte, um seinen verzehrenden Durst zu löschen, leuchtete sie wie eine stumme Fanfare des Sieges. Dann heigte er sich wieder tiefer über den Venker und kletterte weiter. Bei jedem Zickzack der serpentinenartigen Straße holte er ein neues Stile Höhe erarbeitet und sah aus wie ein winziges Webeschildchen, das längs der Borte des Weges auf dem dunklen Wüsch der Berge dahingestillt.

Kleine Steine, die seine Reifen vom Weg stieben, faulten wie Gewehrgranaten durch die Luft. Schweiz rann ihm in breiten Straßen über das schmerzerfüllte Gesicht, über die angepannten Oberarmmuskeln und über seine von der gewaltigen Anstrengung zusammengepressten Schenkel. Er trat in die Pedale, als wollte er sie zermaulmen. Die ausgeglättete Elastizität seines Körpers ließ sich auf sein Rad übertragen zu haben. Es lag aus als Borte des Weges auf dem dunklen Wüsch der Berge dahingestillt.

Schon lange hatte er die leichten Tannen und wild wuchernde Blumen hinter sich gelassen. Breite Schneepflüche blendeten sein Auge. Links gähnte der violettblau schimmernde Abgrund. Unter ihm auf den Flanken des Berges frohen milde, von Schiefdrücken, gebeite Wunden: die Trümmer des zerstörten

Kleinstadt. Nach einer Weile umsummte ihn wieder Motorgetriebe, die inzwischen einzelne Wagen näher gekommen waren, um den Begeisterer des Aubisque zu begleiten. Die anderen Wagen waren schon zum Gipfel vorausgezogen. Von allen Seiten stießen Photographen nach ihm und rückten rasch nach einer wirtschaftlichen Übernahme, in der sie sein heldhaftes Bild am Horizont abholten.

Zu groß das strengen Rennbestimmungen hatte ihm jemand verstanden haben. Finger zeigte und zugeraunt: "Argentea!"

Wie unglaublichem Augenwunder dachte er für die Rennrichter, denn nun wußte er, daß er neben Minuten Worsprung auf dem geschlitzten Stoffe herete. Bei der Fahrt hielten sie auf, um nur noch selber emporzufahren und sich beständig zum Glurmangriff auf die Gipfel aufzuraffen. Die

Gipfel lag er den Bergkamm.

(Fortsetzung folgt)

Gegen die Ausschaltung des Reichstags

Die Sozialdemokratie gegen das Steuerermächtigungsgesetz Einstimmige Ablehnung der kleinen Justizreform

Berlin, 15. Mai. (Eig. Bericht.)

In der Reichstagssitzung teilte Präsident Löbe zuerst mit, daß er dem norwegischen Gesandten das Reiseleid des Reichstags zum Tode Fritzjof Skansens ausgeprochen habe. Auf der Tagessitzung steht die erste Lesung der vorliegenden Wirtschaftsversetzungsgesetz und einigen Zuschriften über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sowie über die Rechtsanwaltsgebühren in Armenien. Die Vorlage will die Wertgrenzen für die Zuständigkeit der Gerichte und für die Befreiung erhöhen. Die Armenienwaisen sollen herabgesetzt werden.

Abg. Marum (Soz.):

Bisher besten die Gerichtsgebühren schon fast die Hälfte der Ausgaben. Die Justiz erfordert überall Staatszuschüsse. Man kann doch nicht verlangen, daß die Einnahmen die Ausgaben der Justiz bedenken. Ausgabeneinheit würde die Justiz verschlechtern. Die Erhöhung der Gebühren ruiniert kleine Leute, die Prozesse führen müssen. Nationalisierung der Rechtspflege ist möglich und notwendig. Wir sind bereit, an einem Ausbau des Ausgabengesetzes mitzuwirken. Die Herausstellung der Berufungsgrenze und die Einschränkung des Armenrechts verzerrt den kleinen Leuten das Recht. Die Vorlage ist eine Verfehlung des Zivilprozesses auch für die Gewalt. Sie bringt keine Ersparnis und keine organische Reform.

Abg. Dr. Sonnemann (Dnat.) erklärt, es handle sich nicht um eine Reform, sondern um eine fiskalische Maßnahme, wobei die beabsichtigten Ersparnisse vordringlich hauptsächlich zwischen den kleinen Leuten liegen. Die Schettler-Köln (Fr.) verweist darauf, daß allein eine einheitliche organische Justizreform verlangt werde. Vorlage wolle aber nur einen Bruchteil vorwiegend am Armenrecht eine Justiz-Finanzreform. Trotzdem dulde man die Vorlage nicht von vornherein verworfen. Man müsse prüfen, ob die finanziellen Erleichterungen wirklich erheblich seien. Wenn das mit der Fassung sei, dann würden allerdings die Bedenken gegen die Novelle überwiegen.

Reichsjustizminister Dr. Bredt:

Es ist zunächst fest, daß der Entwurf allseitig eine wenig günstige Beurteilung findet. (Sehr richtig!) Es meint jedoch, daß es sich bei der Vorlage um einen gerechten Ausgleich zwischen der Pflicht des Reichs, für eine angemessene Rechtspflege zu sorgen, und der Finanznot der Länder handle. Die Herabsetzung der Armenwaisen gebühren habe allerdings die Reichsregierung nicht gewollt, das sei erst vom Reichsrat eingefügt worden. Dabei kann man aber berücksichtigen, daß die Ausgaben der Länder für die Wohlfahrt im letzten Jahr erheblich gestiegen seien, für Beispiele j. B. von 10,6 auf 19,5 Millionen. Offenbar sei nicht nur die Verdörfung verarmt, sondern das Armenrecht werde zu leicht bewilligt. Wenn man die Gemeinden, die ja die Haftpflicht zu prüfen hätten, mit hoffen ließe für die Armenwaisen, dann würde vielleicht das Armenrecht nicht so oft bewilligt werden. (Lebh. Zustimmung b. d. Wirtschaftsp. und d. Bp.) Der Minister bittet dringend, die Vorlage nicht zu verwerfen, sondern sie wenigstens dem Ausstech zu überweisen, damit eine genaue Beratung möglich werde.

Abg. Dr. Alexander (Komm.) lehnt die Vorlage ab.

Abg. Dingeldey (D. Bp.) nennt die zur Debatte stehende Justizreform "Städter". Sie sei nur unter fiskalischen Gesichtspunkten aufgestellt. Fiskalische Gesichtspunkte dürfen aber keine Rolle spielen, sobald es sich um die Rechtsgüter des Volkes handle. Die Vorlage bringe eine ausgesprochene Verschlechterung der Rechtspflege.

Abg. v. Lindecker-Wildau (Christl.-Nat.) verlangt eine einheitliche Justizreform, lehnt aber eine fiskalische Reform ab.

Ein Vertreter der preußischen Regierung stellt die Vorlage dem Rechtsausschuß zu überweisen, damit ihre Vorschläge genau geprüft werden könnten.

Abg. Ehlermann (Dem.) erklärt, die Vorlage widerspreche im Grundsatz der Nationalisierung der Gesetzgebung. Auschlußratlung könne daran auch nichts ändern.

Abg. Drewitz (Wirtschaftsp.) lehnt gleichfalls den Gesetzentwurf ab.

Abg. Dr. Pflug (Bayr. Bp.): Wir würden das Armenrecht nur ausdrücklich der Beratung dieser Vorlage nur dann zubilligen, wenn eine größere Fraktion dies beantragt.

Ausdrücklicher Beratung ist nicht beantragt, in der zweiten Lesung wird die Vorlage einstimmig abgelehnt. (Lebh. Heiterkeit.)

Es folgt die Beratung des Ermächtigungsgesetzes für die

Reichsregierung, die Kapitalsteuern zu ändern.

Abg. Neil (Soz.):

Damit soll der verfassungsmäßige Weg der Gesetzgebung verlassen und der Verordnungsweg für Steueränderungen zugelassen werden. Die Annahme könnte nur mit verfassungsändernder Mehrheit geschehen. Wenn auf dem Verordnungsweg die Grundlagen der Kritik am Steuerrecht geändert würden, so könnten die tatsächlichen Wirkungen für den Haushalt der Länder und Gemeinden untersucht werden. Ebenso bei der Grundsteuersteuer, von der 90 Prozent den Ländern und Gemeinden zustehen. Der Reichstag muß an seinem Steuerrecht festhalten, nur katastrophale Fällen können die Übertragung an die Regierung rechtfertigen. Ich behaupte, es könnten schnelle Entscheidungen notwendig werden, aber die kann auch der Reichstag fällen. Die Reichstagsmehrheit hat doch erst vor Ostern Steuergesetz beschlossen, die mancher gar nicht diskutiert hatte. Das entsprach nicht der steuerlichen Gerechtigkeit und war nicht geeignet, den Ruf des Reichspräsidenten schnell gehandelt hat. (Sehr richtig! links.) Nun soll auf dem Verordnungsweg zunächst die Erhebung form der Kapitalsteuer geändert werden. Sehr erhebliche Steuerzusätze werden die Folge sein. Die Finanzlage des Reiches wird aber in der nächsten Zukunft solche Ausfälle ebenso ertragen, wie die Steuerentnahmen, zu denen sich die Reichsminister St. & G. wohl hat erst am Mittwoch im Haushaltsschluß die Wirtschaftslage in diesem Sinne dargestellt. Wenn in nächster Zukunft von dieser Ermächtigung doch nicht Gebrauch gemacht werden kann, warum sollten wir sie dann erteilen? Darauf kann keine Rede sein. (Zustimmung der Soz.)

Der Reichskanzler hat in den letzten Wochen mehrfach von der Bevölkerung und der Regierung und dem Reichstagsgespräch gesprochen. Wie stimmt das dazu, daß man dem Reichstag zulässt, auf dem wichtigsten politischen Gebiet sich auszuhalten? Obgleich die Reichsverfassung dem Reichstag ein Vorrecht gegenüber dem Reichsrat gibt, soll dieses Verfassungsrecht unter Mitwirkung des Reichsrates und nur eines Reichstagsausschusses ausübt werden. Das wäre eine sehr heftige Verschiebung in der Stellung von Reichsrat und Reichstag zueinander. (Sehr wahr! links.)

Änderungen der Kapitalsteuern auf dem Verordnungsweg auf das Stärke berühren. Wenn bestehende Schichten steuerlich entlastet werden, die bestehenden aber nicht — wie soll das Volkspfand ein Verständnis dafür haben? Und wie darf es sich der Regierung verfehlern und sie als allein haufdig gelten lassen? Der Reichstag ist und bleibt dem Volk verantwortlich. Sollten Änderungen der Steuergefege, dann soll sie ihre Vorlagen hier bringen. (Sehr gut! links.)

Die Aufhebung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag soll die Erleichterung und Verbilligung der Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft dienen. Das ist gewiß erstrebenswert, aber

Macdonald über die Flottenkonferenz

Im Unterhaus betonte Macdonald am Donnerstag, daß die Flottenkonferenz nicht nur eine Angelegenheit der Seeschiffung gewesen sei, sondern darauf abgezielt habe, einen wesentlichen Beitrag für die Handelsflüsse zu leisten.

Der Friede der Welt — so fuhr Macdonald fort — könne durch die Beschäftigung der Rüstungen auf eine einzelne Waffenart nicht wesentlich gefördert werden. Seit dem Zusammenbruch der Flottenkonferenz in Genf im Jahre 1927 sei ein Rückfall in der Friedensgesinnung festzustellen. Jeder Blick auf die Flotten- und sonstigen Militärprogramme der Staaten zeige, daß das Scheitern der Besprechungen im Jahre 1927 in Genf den militärischen Rüstungen einen großen Anstoß verliehen habe. Die Nationen fielen in ihre alte Kriegsmentalität zurück. Die überlebten Befürchtungen und übergläubischen Vorstellungen über die Sicherheit seien wieder lebendig geworden und es würden wiederum Argumente gebracht, die im Jahre 1914 landläufig waren.

Macdonald gab dann einen Überblick über die Voraussetzungen der Abrüstung zur See. Er wies unter dem lebhaften Beifall der Fraktion der Arbeiterpartei darauf hin, daß als eine der wichtigsten Grundlagen hierfür eine Vereinbarung zwischen England und Amerika hergestellt werden sei. Das Dreimächte-Abkommen stelle ebenfalls eine große Leistung dar. Die Ersparnisse im Bau von Kreuzern, Schlachten- und U-Booten belaufen sich auf 300 Millionen Mark. Es habe keinen Sinn, die Ergebnisse der Konferenz zu überstreichen, aber man dürfe sie auch nicht verringern. Die Konferenz habe einen wesentlichen Beitrag zur Sache des Friedens geleistet.

Ungarn von der Finanzkontrolle befreit

Die Schlüsselung des Völkerbundes

Der Völkerbundsrat, der am Donnerstag seine diesjährige Mai-Tagung beendete, genehmigte in seiner Schlüsselung das Gesuch des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamtes zur Einholung eines Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs über die Aufnahme des Freistaates Danzig als Mitglied des Internationalen Arbeitsamtes. Außerdem wurde die Aufhebung der Finanzkontrolle über Ungarn beschlossen.

Der englische Außenminister unterrichtete den Rat über die Verhältnisse in Palästina. Der Untersuchungsbericht über die Unruhen des vergangenen Jahres, der in aller Kürze der Mandatskommission des Völkerbundes zugehen werde, habe einen Umfang von 1000 Druckseiten erreicht. Zwecks Verhütung ähnlicher Zwischenfälle wie 1929 sei die Vermehrung der Truppen und eine Reorganisation der Polizei vorgenommen worden. Ferner lasse die britische Regierung die Regelung der Einwanderungs- und Ansiedlungsverhältnisse zurzeit durch Fachleute einer neuen Prüfung unterziehen. Sie hoffe, daß über die erforderlichen Maßnahmen mit den arabischen und jüdischen Bevölkerungsschichten eine Verständigung erzielt werden könne.

Der Rat befürzte sich zum Schluß noch mit dem Beschwerden des Deutschen Volksbundes in Oberösterreich über die Entlassung mehrerer Arbeiter einer Knappfachklasse und mit dem Fall Böckmann, ohne jedoch zu einer Entscheidung zu gelangen. In bezug auf die Streitfrage hinsichtlich der Annahme der Tschechoslowakei für die deutsche Minderheitsschule hat die polnische Regierung inzwischen ihre Meinung dahin geändert, daß die Eltern oder Erziehungsberechtigten der Kinder nicht mehr vor einer Kommission zu erscheinen brauchen. Die gewünschten Auskünfte können von jetzt ab durch die Beantwortung eines Fragebogens erteilt werden.

Schober will ein Entwaffnungsgebot machen

Auch berichtet er über seine Reisen

In der Donnerstagssitzung des Nationalrats äußerte sich Bundeskanzler Schober über seine letzten Auslandsreisen.

Die italienische Reise habe — so fuhr Schober aus — den Zweck gehabt, die Spannung zwischen Österreich und Italien zu befehligen. In Paris und London habe er die österreichischen Verhältnisse schildern und die Voraussetzungen für die Investitionsanleihe schaffen müssen, die sofort nach der deutschen Auseinanderstoss vor den Sommerferien ausgelegt werden durfte. In Paris und London habe man die engen und herzlichen Beziehungen Österreichs zum Deutschen Reich als vollkommen begründet anerkannt. In wenigen Tagen werde dem Parlament ein Gesetzentwurf über die Wiederherstellung des Waffengesetzes zugehen.

Im Namen der Sozialdemokratie erklärte Abg. Dr. Bauer, die erste Voraussetzung für die Entwaffnung sei die Entmilitarisierung des öffentlichen Geistes, die nicht möglich sei, so lange an jedem Sonntag Aufmärsche und Gegenaufmärsche stattfinden. Die zweite Voraussetzung sei, daß die Entwaffnung unparteiisch, gleichmäßig und unter gegenseitiger Kontrolle durchgeführt werde.

Der neue Marsch zum Salz Lager

Polizei verhindert den Weitermarsch

New Delhi, 15. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Polizei, für die die Verhaftung von Frau Naidu, der gegenwärtigen Führerin der Widerstandsbewegung, eine org. Verlegenheit bedeuten würde, hat am Donnerstag den Versuch gemacht, die Methoden der Anhänger Gandhis ihrerseits nachzuahmen. Der von Frau Naidu geführte Zug, dessen Ziel das staatliche Salzdepot von Dharasana ist, hatte kaum den zum Depot führenden Weg erreicht, als er sich einem großen, mit Knüppeln bewaffneten Polizeiausgebot genähert. Ein höherer Polizeibeamter trat an Frau Naidu heran und teilte ihr statt der erwarteten Verhaftung mit, daß die Behörden die Fortsetzung des Marsches nicht gestatten könnten. Frau Naidu erwiderte, daß sie mit ihren Anhängern auf Ort und Stelle zu bleiben gedene, ohne daß der Polizeioffizier jedoch versuchte, die Teilnehmer an dem Zug zu zerstreuen. Er gab seinen Leuten vielmehr den Befehl, in passiver Resistenz zu verharren. Die beiden Parteien liegen sich nun mehr in einer Art von unblutigem Stellungskrieg gegenüber und warten auf eine gegenseitige Offensive. Die Anhänger Gandhis haben sich ihre Handwaffen hervorgeholt und vertreiben sich die Zeit mit Spinnen.

Die indischen Vibezalen haben der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, in der die Widerstandsbewegung bedauert und verworfen, gleichzeitig aber betont wird, daß von den Behörden Ausschreitungen gegenüber den Anhängern Gandhis begangen worden seien. Von den Anhängern Gandhis wird ein Verzicht auf die Widerstandsbewegung gefordert, während die Behörden aufgefordert werden, die politischen Gefangenen zu entlassen und bald eine Konferenz mit den Führern der indischen öffentlichen Meinung zu veranlassen.

Die Regierung von Bomber hat das Erscheinen des offiziellen Bulletins des Aktionskomitees des Nationalkongresses auf zwei Monate verboten.

Waffentausch

	15.5.18.5.
Rathor.....	1.31.120
Nellore (Geb.).....	0.36.120
Kashinagar (Unt.-Peg.).....	1.78.1.88
Madras (Mysore).....	2.29.2.28
Trekkapatna	1.07.1.08

WERTHEIM

Freitag u. Sonnabend
billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leichtverderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Wein (Preise einschl. Glas)

Bergzaberner Letter	leicht, süßig	1 Ltr.
Malbowie	(aus reinem Traubewein)	0,50
Malvasier,	rot u. weiß (Oriech. Dörzertwein)	0,50
Wine aus dem Tap		1,00
Johannisbeerwein	(kräftig, vollständig)	1 Ltr. 0,80
Tarragona	(gehaltvoll, portweinhähnlich)	1 Ltr. 1,20
Vermouth	(kräuterreich, kräftig)	1 Ltr. 1,30

Fruchtsäfte

Himbeersaft mit Kirsch,	redunkelt	1/4 Ltr. Flasche
Kirschsaft, Johannisbeersaft	1/4 Ltr. Flasche	1,00

Konserven

Pflaumen halbe	0,78,	Schnittbohnen 1/4 kg
ganz	0,58	Jg. Erbsen
Birnen, halbe Brünt	1/4 kg	1/4 kg 0,80, 0,68, 0,65
Jirschen, rot mit Stein	1/4 kg	0,98
Ananas (Singapore)	1/4 Dose	0,98
Aprikosen, spanische	4 Pfund-Dose	1,90
Karotten 1/4 kg	0,45 bis	0,35
	2 Pfd. Elmer	0,40
	2 Pfd. Elmer	1,00

Kolonialwaren

Erbsen, grün und gelb	Plund	0,18	Schnittbohnen, groß, Plund
Bohnen, weiße	Plund	0,23	Jg. Erbsen
Linsen, große	Plund	0,32	1/4 kg 0,80, 0,68, 0,65
Sultaninen	Plund	0,45	Lelpziger Allerlei
Mischobst	Plund	0,48	Senfgerken
			Vierfrucht-Marmelade

Zucker (Klettendorfer)

Kaffee, täglich frisch aus eig. Großbäckerei,

ausgesuchte vorzügl. Qualitätsmischungen, Plid. von 4,20 bis 1,00

Riegel 1000 gr Frischgewicht 0,70

Oberschal-Seife, gewicht 1000 gr Frischgewicht 0,70

Schmierseife, Alabaster Pfund 0,45

Schmierseife, Salmiak-Terpentin Pfund 0,45

Oranienburger Kernseife 1000 gr Frischgewicht 0,70

Frisches Fleisch

Kalbakamm	Pfund 0,90	Schweinerücken	mit Blattige Pfund 1,06
Kalbenherdstück	Pfund 1,15	Schweineschinken	Pfund 1,10
Rinderkamm	Pfund 0,88	Hammervorderfleisch	Pfund 1,10
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund 1,00	Lungenfett	Pfund 0,75
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund 1,25 u. 1,10	Querleiste	Pfund 0,84
Schweinebauch	Pfund 0,75	Gehacktes	Pfund 0,75
		Gulasch	Pfund 0,88

Wurstwaren

Sülze, lose	Pfund 0,64	Leberwurst	Hausmacher Pfund 1,00 1,25
Rot- u. Leberwurst	Pfund 0,75	Mettwurst	Braunschweiger Art, Pfund 1,35
Knoblauchwurst	Pfund 0,95	Jagdwurst	Mariadella Pfund 1,40
Sülzwurst	Pfund 0,96	Zervelat u. Salami	Holsteiner Pfund 1,75
Rückenspeck	stark Pfund 1,00	Teewurst	Rügenwalder Art Pfund 1,80
Mettwurst	Pfund 1,20	Zervelat	in Peitern, Holsteiner Pfund 2,00

Käse und Seife

Camembert	Stück 0,18	Edel-Blockkäse	1 Pfund-Block 0,82
Ramadou	Stück 0,18	Tilsiter, vollwert. Pfund 0,85	
Margarine	Pfund 0,58 und 0,50	Dän. Schweizer	1/4 Fett Pfund 0,88
Kokosfett	1 Pfund-Tafel 0,50	Molkereibutter	Pfund 1,56
Edamer	vollfett 0,68, halbfett 0,68	Dänische Butter	je Qualität Pfund 1,76

Kakteen

Stück 1,50 1,00 0,50 0,25

Schmierseife, grün Pfund 0,35

Schmierseife, Naturkern Pfund 0,40

Schmierseife, Alabaster Pfund 0,45

Schmierseife, Salmiak-Terpentin Pfund 0,45

Die schönsten Hosen



Gute Stoffe in tadeloser Verarbeitung zu wirklich niedrigen Preisen. Das ist das Resultat meiner 1930

Selbstanfertigung

Alle Größen und Weiten vorrätig!

Herrn-Sport- u. Betriebs-Kleidung
Oskar Dehmel
Breslau I. Neumarkt 45
Mitglied d. Kunden-Kredit G. m. b. H., Gartenstr. 67

CITROVANILLE
GEGEN
KOPFSCHMERZ
MIGRÄNE
NEURALGIE
VORZÜGE:
ÜBERRASCHEND
SCHNELLE WIRKUNG
OHNE HERZKLOPFEN OHNE MAGENBESCHWERDEN

Billiger Verkauf von Fleisch- u. Wurstwaren

Schweinebauch	Pfd. Mk 0,80
Schweinbraten Pfld. Mk. 1,00	Saufilet Pfld. Mk. 0,80
Schweinekoteletten 1,40	Schweineschnitzel 1,50
Kalbfleisch mit Knochen	Pfd. Mk. 1,10—1,30
Kalbfleisch ohne Knochen	Pfd. von 1,30 an
Bindfleisch ohne Knochen	Pfd. Mk. 1,00—1,20
Suppenfleisch	Pfd. Mk. 0,80—0,90
Rinderherdbraten Pfld. v. 1,20 an	Rinderherdbraten Pfld. v. 1,10 an
Lungenfett	Pfd. Mk. 0,70
Fleischer Speck Pfld. Mk. 0,80	Fleischer Speck Pfld. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Rindfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Kalbfett	Pfd. Mk. 0,80
Gebratenes Schweinefett	Pfd. Mk. 0,80

Viel Vorlagen und eine Etatrede

Die gestrige Sitzung des Stadtparlaments

Das „Sparsame“ Bürgerium — Flugsubventionen und hohe Beamtengehälter werden bewilligt — Wieder eine Mietendebatte — Beginn der Haushaltssitzungen — Die Etatrede des Kämmerers — Nazis spielen „Schwäbische-bayerische Jungfrau“ bei Abstimmungen

Der Ruf nach Sparsamkeit ist in den letzten Jahren in der bürgerlichen Presse, und vor allem vor den Wahlen, in vielen Flugblättern und Versammlungsreden erhoben worden. Mit dem Erfolge, daß allenthalben aus „Sparsamkeit“, Arbeiten nicht ausgeführt, Aufträge nicht vergeben, Arbeiter und Angestellte entlassen wurden. Gestern aber, wo ohne Schaden hätte gespart werden können, hat der Bürgerblock diese Sparsamkeit abgelehnt! Demnächst läuft die Amtszeit des Oberbürgermeisters und dreier Stadträte ab, und es handelt sich darum, Neuwahl oder Wiederwahl vorzubereiten. Zurzeit beträgt das pensionsfähige Gehalt des Oberbürgermeisters 24 000 Mark. Außerdem erhält er 6000 Mark Wohnungsgeldzuschuß und 6000 Mark Aufwandsentschädigung. Ein sozialdemokratischer Antrag wollte das Gehalt in der bisherigen Höhe befehlen lassen, das Wohnungsgeld aber auf 2160 Mark und die Aufwandsentschädigung auf 3840 Mark festsetzen. Im ganzen wäre damit das Einkommen des Oberbürgermeisters von 36 000 auf 30 000 Mark herabgesetzt worden, womit in dieser Notzeit ganz gewiß noch auszukommen wäre. Der Bürgerblock lehnte diesen Antrag ab.

Einst hat eine bürgerliche Mehrheit das Gehalt für Bürgermeister **Mache** auf 24 000 Mark hinaufgesetzt. Auf sozialdemokratischen Antrag ist das Gehalt des Bürgermeisters, seit Genossen **Mache** amtiert, auf 18 000 Mark herabgesetzt worden. Das gleiche Gehalt bezahlt der Kämmerer, so daß also hier bereits eine erhebliche Herabsetzung erfolgt ist. Dagegen ging der sozialdemokratische Antrag dahin, das Endgehalt aller beförderten Stadträte (im ersten und zweitsten Amtsjahr) auf 14 000 Mark zu begrenzen. Auch dieser Antrag wurde vom Bürgerblock abgelehnt, denn die bürgerlichen Parteien wollen vor allen Dingen die Gehälter ihrer Stadträte nicht gefürchtet haben.

Nun leben wir in einer schwierigen Zeit. Aus Mangel an Mitteln werden bei der Stadt Arbeiter und Angestellte entlassen. Auch die unteren Beamtenstellen sind vermindert worden. Unter solchen Umständen hätten die drei freiwerdenden Stadtratsstellen ihr gut unbesetzt bleiben können. Die übrigen zweiunddreißig hätten die Arbeit der wegen Elter auscheidenden Kollegen mit übernehmen können. Unsere Genossen haben das kritisiert, der Bürgerblock aber hat auch das abgelehnt, denn die bürgerlichen Parteien wollen die drei Ämter unter sich aufteilen. Und die zwei Nazis waren mit beim Bürgerblock. Wiederholte wußten sie zur allgemeinen Belustigung nicht, wie sie stimmen sollten, bis der Zentrumsmann Dr. **Sosjinska** das Kommando übernahm. Er war Beiführer im Vorstand und erhob regelmäßig die Hand zum römischen Salutengruß, wenn die Nazis bei der Abstimmung aufstehen sollten. Das taten sie auch, und so konnte es nicht mehr vorkommen, daß sie irrtümlich anders gestimmt hätten, als es dem Bürgerblock geahnt war.

Die Kommunisten wollten übrigens auch die Stelle des Oberbürgermeisters einsparen. Herr **Gehr** erklärte, daß sich Bürgermeister **Mache** so gut eingearbeitet habe, daß er den Oberbürgermeister mit ersuchen könne. Das wird die Kommunisten natürlich nicht hindern, bei anderer Gelegenheit häufig auf **Mache** zu schimpfen.

Der Mieterstreit spielte auch in die Verhandlungen hinein. Die Stadt will im Norden Baugelände an die Siedlungsgesellschaft abtreten. So erwünscht das Bauen ist, wollten unsere Genossen doch die Vorlage ablehnen, um auf diese Weise die Siedlungsgesellschaft auf dem Weg zur Einigung mit den Parteien zu bringen. Herr **Fuchs** war nicht anwesend, und ausführungen, die Stadtrat **Behrendt** zu der Sache machte, bewogen unsere Genossen, mit für Ausschusssitzung zu stimmen. Die Siedlungsgesellschaft hat damit einige Tage Zeit, um ihren Willen zu belunden.

Als Hauptpunkt war gestern die Etatberatung vorbereitet. Über die Versammlung war abgängt, als der Kämmerer gegen halb acht Uhr mit dem Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten begann. Er hielt seinen sehr berühmten Vortrag vor halb leerem Hause. Unter diesen Umständen wurde die Etatberatung noch vertagt, so daß Genosse **Tisch** als sozialdemokratischer Etatredner erst in acht Tagen zum Worte kommt.

Die von dem Vorsteher Genossen **Bandmann** eröffnete Sitzung begann mit einer „weltshüttenden“ Anfrage der Volkspartei, ob der Magistrat dem Bäcker der Schweizer in Schelinig Meter Rasenfläche zur Verbreiterung seines Gartens zur Verfügung gestellt hat. Mit der Stimme eines Auflösers fragte **Schubert**, ob da auch Ries angefahren worden sei und welche Wacht der Magistrat dafür erhalte. (Zuruf: Die Fragen möglicherweise haben!) Stadtrat **Völkle** beantwortete die Anfrage mit Angaben, die wohl die Fragen zufriedengestellt haben dürften, denn sie verzichteten darauf, noch etwas dazu zu sagen. Dann kamen die Juristen zu Wort bei einem Magistratsvoting, der verlangt, daß zwischen Wilhelmshafener Straße und Stadtr. Straße der Flughafenplan festgestellt wird. Die von Stadtr. **Halspaap** (Vollsp.) angezogene Reichsgerichtsentcheidung wurde von Stadtr. **Gastein** (Soz.) scharf kritisiert, siehe dazu angeton ist, die städtebauliche Entwicklung der sowjetischen (Dnat.) und Dr. **Heilberg** (Dem.), worauf die Vorlage in die Ausschüsse II und V verwiesen wurde.

Wieder eine Mietendebatte

Von Stadtr. **Kochan** (Miete) begründet, gab es bei dem Magistratsantrag, der Siedlungsgesellschaft für 58 000 Quadratmeter bebauenes Gelände im Carlowit für den Bau von 184 Wohnungen abzugeben. Der Berichterstatter meinte selbst, daß nicht ein neuer Kriegschauplatz geschaffen werden sollte, denn man müsse das Baugelände verkaufen, wenn nicht erweitert werde, wie dort die Mietpreisbildung sein soll.

Stadtr. **Stoppe** (Soz.) führte hierzu aus, daß die Vertretung der Bürgerschaft nicht in der Lage ist, einer Gesellschaft Grund und Boden zu verkaufen, solange keine Gewähr dafür besteht, daß die zu erstellenden Wohnungen zu einem Mietpreis abgegeben werden, der auch für Minderbemittelte erschwinglich ist. (Zuruf: Wieviel Prozent beträgt denn der Unternehmergegenwert?)

das Verhalten der Siedlungsgesellschaft,

das praktisch darauf hinausläuft, auf alle Beschlüsse zu pfeifen. Er verfasste ein Schreiben vom 13. Mai, aus dem hervorging, daß trotz des Unterausschusses, der angebahnnten Verhandlungen mit der Mieterschaft und der Versicherung, Zwangsmassnahmen einzustellen, mit der bisherigen Schärfe gegen die Miete vorgegangen wird und betonte, daß bei diesem Gebaren keine Möglichkeit besteht, ein Entgegenkommen zu zeigen, wie es durch den Antrag verlangt wird. Stadtrat **Behrendt** gab über das Bauvorhaben kurz Aufschluß und teilte mit, daß die Wohnungs-

mieten ähnlich der in Tschanz möglichst niedrig gehalten sein sollen und 30 bis 45 Mark betragen dürfen. Stadtr. **Halspaap** (Vollsp.) fragt, ob etwa der Kaufpreis zu billig sei und unterrichtete nach Schulmeister- und Baukapitalistennart, daß 50 Prozent der Kosten für Löhne verwandt werden müssen. (Zuruf: Wieviel Prozent beträgt denn der Unternehmergegenwert?)

Ausdrücklich stellte hierauf Stadtr. **Stoppe** (Soz.) fest, daß für die Haltung der Sozialdemokratie nicht der Verkaufspreismäßigend ist und verwahrt sich gegen diese Unterstellung Halspaaps, mit der anscheinend die Deutlichkeit gefährdet werden soll. Wichtig wäre es, einmal zu erfahren, was die Baulöwen verdienen. Dem Stadtr. **Kabus** (Ztr.) kam diese grundsätzliche Erörterung so vor, als ob ein Kind mit dem Bede ausgeschüttet oder bei einem Streit die Frau vom Manne zum Fenster hinausgeworfen werden soll und es bedarf wohl Kabusischer Logik, diese Vergleiche zu begreifen. Die Vorlage wurde in den Ausschuß V verwiesen.

Debatte über die Flugsubventionen

Eine Debatte gab es bei dem Magistratsantrag, als Gewährleistung für den Lustverkehr 1930 die Summe von 78 000 Mark in monatlichen Teilbeträgen an die Schlesische Lustverkehrs-AG zu zahlen und in den Haushaltssatz einzutragen. Stadtr. **Wolf** (Dem.) begründete als Berichterstatter die Vorlage mit einem Hinweis auf die Bedeutung des Anschlusses Breslaus an das Flugnetz und vertritt sich zu der Behauptung, daß sich heute jeder einen Flug leisten könne.

Stadtr. **Gastein** (Soz.) trat für die Ablehnung dieser Vorlage ein. Er wies darauf hin, daß diese Beihilfe im Vorjahr abgelehnt worden ist, obwohl der vorjährige Notstand noch als faktisch gegenüber dem diesjährigen Haushaltssatz bezeichnet werden kann. Wie unter diesen Umständen die Bewilligung eines solchen Betrages verlangt werden kann, muß unverständlich bleiben. Man hat ob dieser Haltung die Sozialdemokraten als Schildbürger bezeichnet und sie mit den Neumarktner Bergischen, die ihren Bahnhof in ein anderes Dorf bauten, aber dieser Vorschlag der Schildbürger sei dann an der Haltung der Sozialdemokratie nichts ändern. Wie sich im Vorjahr an dem Flugverkehr trotz der Ablehnung nichts geändert hat, wird sich auch

künftig nichts ändern. In verstärktem Maße müssen deshalb auch heute wieder die Bedenken geltend gemacht werden, die schon im Vorjahr erhoben wurden.

Stadtr. **Welt** (Komm.) trat ebenfalls für die Ablehnung der Vorlage ein und beantragte Verwendung dieses Betrages für die Volksschulen. Stadtkämmerer **Friedel** erklärte, daß im Vorjahr das Preußische Handelsministerium den Ausfall Breslaus gefordert, dies aber für die Zukunft bereits abgelehnt habe. Stadtr. **Fritz Pielich** (Soz.) stellte noch fest, daß das Schweigen der Rechten erkennen läßt, daß ihr bei dieser Vorlage genauso selbst nicht recht wohl ist, worauf Stadtr. **Thum** (Dnat.) ganz ironisch erwiderte, daß man eben in seinen Reihen nicht gewöhnt sei, über Selbstverständlichkeit viele Worte zu machen. Nachdem auch Stadtr. **Halspaap** (Vollsp.) die Bedeutung der Fliegerei gesiebt hatte und Stadtr. **C. W. Wolf** (Dem.) es als einen Schildbürgerreich bezeichnete, wenn dieser „geringe Betrag“ nicht bewilligt würde, nahm der Bürgerblock einstimmig den Antrag der Nazis die Vorlage gegen Sozialdemokraten und Kommunisten an.

Festsetzung der Gehälter für Magistratsmitglieder

Wie bei der Frage der Flugsubvention kam der „Sparsamkeitsdrang“ der Bürgerlichen auch noch bei der Festlegung der Magistratsgehälter recht knapp zum Ausdruck. Die von Stadtr. **Verordneten Bujakowski** (Stn.) begründete Vorlage, die bereits auch vom Ausschuß angenommen worden ist, sieht ein Gehalt für Stadträte von 18 728 Mark, für Bürgermeister und Kämmerer von 24 160 Mark und für den Oberbürgermeister von 36 000 Mark vor.

Den Standpunkt der Sozialdemokraten zu dieser Frage legte einstend Stadtr. **Fritz Pielich** (Soz.) dar, indem er darauf hinwies, daß die Sozialdemokratie bereits vor zwei Jahren dieser Gehaltsordnung die Zustimmung verlieh. Damals hat die Mehrheit die Abänderungsanträge abgelehnt. Wenn diese Gehälter auch jetzt vom Bezirksausschuß und vom Provinzialrat genehmigt worden sind, so sind sie damit nicht niedriger geworden. In einer Zeit, wo von dem Jugendamt die Lehrbeihilfen versagt und viele Breslauer mit einer Unterstützung von 20 und weniger Mark auskommen müssen, ist es erforderlich,

auch die Gehälter der obersten städtischen Beamten abzuhauen.

Wenn auch von der Aufsichtsbehörde kein Einspruch erhoben worden ist, beanstanden die Sozialdemokraten das Gehalt des Oberbürgermeisters. Wohnungsgeldzuschuß und Aufwandsentschädigung, die das Gehalt von 24 000 Mark auf 36 000 Mark erhöhen, sollen so festgelegt werden, daß das Einkommen 30 000 Mark beträgt. Ein Oberbürgermeister ist nicht da, um zu repräsentieren, sondern um zu arbeiten. Die Herabsetzung des Bürgermeistergehalts auf 18 000 Mark ist seinerzeit auch von den Sozialdemokraten beantragt, aber von der Mehrheit aus durchsichtigen Gründen abgelehnt worden, und auch die Stadträte dürften mit einem Endgehalt von 14 000 Mark plus Wohnungsgeld nicht verhungern. Die Not erfordert zu sparen bei denen, die nicht nur vor Hunger geschützt sind, sondern auch ein gewisses Wohlbeleben können.

Dem Stadtr. **Gaede** (Komm.) der Einheitsgehälter von 6000 Mark beantragte und die Streichung der Oberbürgermeisterstelle verlangte, passierte das Wirkliche, daß er den sonst so angefeindeten sozialdemokratischen Bürgermeister lobte, und erklärte, daß sich dieser wohl inzwischen so eingearbeitet habe, daß er sehr gut auch die Geschäfte des Oberbürgermeisters mit bewegen könne.

Stadtr. **Kramm** (Soz.) stellte nochmals ausdrücklich fest, daß die sozialdemokratische Fraktion seinerzeit die Reduzierung des Bürgermeistergehalts um 6000 Mark gefordert hat, weil die Bürgerlichen durch Zwischenwirtschaft und Anspruchnahmen die Vorläufe des Preußischen Handelsministeriums dauernd Anspielungen machen. Stadtr. **Gastein** (Soz.) sprach über den kommunistischen Antrag, der die Streichung der Oberbürgermeisterstelle verlangt, die gesetzlich gar nicht möglich ist. Bei dem Haushaltssatz wird die Sozialdemokratie den Antrag einbringen.

dass die drei frei werdenden Stadtratsstellen nicht besetzt werden,

denn bei siebzehn beförderten Magistratsmitgliedern lassen sich diese drei Stellen sehr wohl einsparen. Die SPD wird deshalb die Vorlagen, die die Gehaltsfestsetzung für die freiwerdenden Stellen der Stadträte Fuchs, Tobler und Schmidt ablehnen.

Nachdem noch Stadtr. **Bujakowski** für die Riesengehälter geprahnt hatte, beantragte Stadtr. **Gastein** (Soz.) namentliche Abstimmung. Stadtr. **Bujakowski** zweifelte die geahndete Möglichkeit der namentlichen Abstimmung an, aber Stadtr. **Gastmann** belehrte ihn, daß dem Antrag keine Bedenken entgegenstehen. Bei der Abstimmung über die Gehaltsvorlage wurden 86 Stimmen abgegeben (ein Mietter und ein Nationalsozialist schließen); 46 Ja-Stimmen gegen 40 Nein-Stimmen entschieden zugunsten der hohen Gehälter. Dagegen stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten, Mietter und Nationalsozialisten. Aber bei den einzigen beantragten Gehältern für den neu zu besetzenden Oberbürgermeisterposten und die drei freiwerdenden Stadtratsstellen fielen die beiden Nazis um und stimmten für die beantragten Gehälter.

Als die namentliche Abstimmung bei der ersten der vier Vorlagen das übliche Stimmenverhältnis von 48 Ja- und 38 Nein-Stimmen zeigte, stellte Stadtr. **Pielich** (Soz.) fest, daß durch diese Abstimmung die Sparwut des Bürgeriums dokumentiert werde und verzichtete auf weitere namentliche Abstimmung. Die Abstimmungen erfolgten deshalb in der üblichen Weise, nur mit dem Unterschied, daß sie unter einem Riesenglächter vor sich gingen, da die Nationalsozialisten wie die Stehaufmännchen Auf- und Nieder-Liebungen machen und überhaupt nicht wußten, wie sie nun eigentlich abstimmen sollten.

Als sie bei der zweiten Abstimmung noch immer nicht im Bilde waren, wurde ihnen lebhaft auferufen, nur aufzutreten, da sie die anderen schon wieder stehen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis wurden alle Gehälter bewilligt.

Die Etatrede des Kämmerers

Beginn der gestrige Sitzung bereits vorgesehenen Aussprache über den Haushaltssatz für 1930 mußte wegen der umfangreichen Tagesordnung verschoben werden. Nur Stadtkämmerer Dr. **Friedel** kam zur Erfüllung eines umfangreichen Kästen über den

Stand der Gemeindeangelegenheiten

zu Wort und ging dabei auf den der Verhandlung vorliegenden Etat ein. Einleitend wies er auf die Wirtschaftsstörung während des Jahres 1929 hin, die seit Kriegsende das schwerste für die deutschen Städte war. Die Monate dauernden Beratungen der Reparationsfrage schufen eine außerordentliche Ungewissheit und Unsicherheit für die Wirtschaft und diese allgemeine Lage wurde noch durch den Kapitalmangel und die Abschöpfung der Gemeinden von dem

meisten von jedem Kredit verschärft, sodass die Städte in Situationen kamen, wie sie seit Menschengedenken nicht zu verzeichnen waren. Für Schlesien und Breslau kam wegen seiner Lage noch eine sich besonders auswirkende Wirtschaftsstörung hinzu. Außenschwellen der Ausgaben im Wohlfahrtswesen und in der Gewerbeaufsichtsförderung auf der einen Seite, während sich die Einnahmen aus Steuern und den Betrieben vertigten. Auf diese Umstände ist der Fehlbetrag von 8 Millionen Mark des Jahres 1929 zurückzuführen. Unter Zurückstellung fast aller kulturellen Aufgaben blieb im Jahre 1929 nur die Sorge um die Erfüllung der sozialen Aufgaben. Alle

Ausgaben mussten gedrosselt werden, obwohl jedoch damit die Zahl der Arbeitslosen vergrößert wurde. Die geleisteten Ausgaben im Wohlfahrtswesen sind zu einer Katastrophe geworden, die den Etat von Jahr zu Jahr mehr beeinträchtigt, muss doch allein dieser Verwaltung ein jährlicher Zuschuß von etwa 100 000 Mark zur Verfügung gestellt werden.

Trotzdem waren auch Fortschritte zu verzeichnen. Die Verschwendungsrate hatte zur Folge, daß 100 Tagungen in Breslau stattgefunden und eine sachlich ausgezeichnete Ausstellung durchgeführt wurde. Die Siedlungsgesellschaft erstellte 2140 Wohnungen, aber trotzdem stand die Stadt an den folgenden Wirtschaftsbedingungen. Während im Westen Deutschlands im Jahre 1926 von einer Arbeitslosigkeit so gut wie gar nichts zu ver hören war, sah sie in Breslau bereits in katastrophalem Umfang ein.

Je blonder Ihr Haar
umso nötiger
PIXAVON



Das 28.ort hat jetzt eine proletarische Frau und Kampfgenossin die mit Recht so beliebte Genossin Cläre Mayer-Lugau aus Berlin

Das Wohlfahrtsamt

Wie während des Jahres 1929 rund 11-12.000 arbeitsunfähige Personen und 13-14.000 Männer zu betreuen. Während diese Zahl von Jahr zu Jahr kontinuierlich sank, stiegte sich bei der Zahl der arbeitsfähigen Arbeitslosen eine fast ansteigende Kurve. Am Anfang des Jahres waren 6130 ausgewiesene Arbeitslose zu betreuen. Durch die Verordnung über die Einschätzung der Arbeiterfürsorge kamen an einem einzigen Tage 5500 Ausgabenkosten in die Kasse des Wohlfahrtsamtes. Diese Zahl hat sich gegenwärtig auf über 18.000 Personen mehr als 31.000 Personen gesteigert. In den Städten Köln, Düsseldorf, Essen, Bochum bewegt sich die Zahl der Unterstützten unter der Hälfte der in Breslau zu Betreuenden. Die Belastung liegt deshalb auch von 12,5 Millionen im Jahre 1927 auf 28,5 Millionen Mark im Jahre 1929. Hier muss verlangt werden, daß die Lasten, die über dem Reichsdurchschnitt der übrigen Städte liegen, das Reich einzutragen hat.

Der Redner wandte sich dann dem neuen Haushaltspolane zu, der in einzelnen Abteilungen habe stark beschränkt werden müssen, um die Sozialausgaben überhaupt einigermaßen zu schaffen.

Im Besoldungsplan

Sind 93 Stellen eingespart worden, die höchlichen Verwaltungsausgaben erfuhrn eine Kurzung um 100.000 Mark. Die ersten Anmeldungen verlangen eine Nettoausgabe von 128,8 Millionen, denen nur 118,2 Millionen Einnahmen gegenüberstehen waren. Das vorhandene Defizit von 20,1 Millionen erhöhte sich bei der zweiten Lösung durch Zuschüsse beim Wohlfahrtsamt und Einnahmenverkürzung auf 24,6 Millionen und trog aller Abstriche ist ein Fehlbetrag von 10,2 Millionen verblieben. Nur der Wohlfahrtsrat hat Zuschüsse gegenüber dem vorigen Haushalt erhalten.

Der Fehlbetrag

ergibt sich aus Verbrausgaben gegenüber dem Vorjahr bei den Polizeikosten 0,6 Millionen, beim Wohlfahrtsamt 6,0 Millionen, bei den Anstalten 0,2 Millionen, bei der Leistung zur Arbeiterfürsorge 1,1 Millionen, und den Mindereinnahmen bei den Betriebswerken von 2 Millionen und geringeren Steuereinnahmen 2,3 Millionen Mark.

Die über dem Reichsdurchschnitt liegenden Wohlfahrtslasten erforderten im Vorjahr 7,9 Millionen, und Reich und Staat werden sie übernehmen müssen.

Für die Deckung

des bei dieser Lösung noch immer verbleibenden Defizits von drei Millionen wird beantragt werden

eine Erhöhung der Zuschläge zur Grundvermögenssteuer von 340 auf 395 Prozent,

eine Erhöhung des Wasserpipes um 5 %.

Eine weitere Erhöhung der Gewerbesteuer ist als nicht durchführbar angesehen worden.

Langfristige Anleihen im Inland sind nur schwer zu bekommen, es bleibt nur der Weg, die städtischen Werte in Aktiengesellschaften umzuwandeln, um die Gelder zum Ausbau der Werte aufzunehmen zu können. Die Abnahme der ausgesteuerten Erwerbslosen und der Kreisunterhalterungsgepfängner ist

die Lebensfrage,

mit der die Finanzlage der Stadt steht und fällt. Wenn es hier nicht gelingt, recht bald zu helfen, wird sich in den nächsten Wochen die Zahl der Ausgesteuerten beträchtlich erhöhen. Weiter muss auch der seit Jahren angestrehte Reichsfinanz- und staatliche Haushaltswahl verwirklicht werden, wozu gefordert werden muss, daß er nicht die Steuerquellen noch weiter schmäleriert. Einkommen-, Umsatz-, Hauszins- und Kraftfahrsteuer halten im Rechnungsjahr in Breslau ein Aufkommen von 83,3 Millionen Mark, von dem die Stadt 32,8 Millionen überwiesen erhält. Wenn die Städte den Druck der Erwerbslosigkeit mit Millionen ausgaben aufzufangen haben, ist diese Verteilung der Steuern nicht mehr zu halten.

In diesen Richtungen muß sich die Hilfe des Reiches und des Staates bewegen. Der Kammerer schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß jede Erhöhung der Ausgabenhälfte des vorliegenden Etats eine Steuer- und Gebührenerhöhung bedeutet.

Stadtordnungsrichter Bandmann dankte nach der Rede des Kammerers dem Magistrat, den Beamten, Angestellten und Arbeitern, die dazu beigetragen haben, daß es möglich war, die allernotwendigsten Verpflichtungen der Stadt zu erfüllen, und einer alten Gefangenheit entsprechend erhob sich auch die Versammlung vollzählig von den Blüten.

Der Bau des Sparkassenhochhauses am Ring

Endlich soll nun an der seit Monaten brach liegenden Baustelle am Ring die Arbeit aufgenommen werden. Die Ausschüsse, die sich mit dem Vorhaben bereits beschäftigt haben, empfahlen Genehmigung. Stadtverordneten (Soz.) hielten aus, daß die eigentlich allein gültigen Beschlüsse des Sparkassenkuratoriums vom Regierungspräsidenten angezweifelt worden seien, weshalb auch die städtischen Räteversammlungen dem Antrage beitreten müssten, der durchaus einem dringenden Bedürfnis entspricht. Stadtverordneten erläuterte kurz das Bauprojekt, das am Blücherplatz stand und am Ring neun Stockwerke hoch sein soll und nach dem Entwurf des Architekten Rump ausgeführt wird. Da die Kasse für ihre Geschäftsräume nur 3700 Quadratmeter benötigt, werden noch rund 2800 Quadratmeter Raum für andere Verwaltungszwecke reserviert werden können. Ohne Ausprache beschloß die Versammlung den Bau.

Beratung kleiner Vorlagen

Stimmte die Versammlung zu: der Abänderung des Fluchtplans der Glebenhüsener Straße zwischen Gewalstraße und der Roßbahn, der Zählung von Gewerbesteuern der Wasserwerke für 1929 zu Lasten des Überschusses der Werke, der Überberichtigung einer Parzelle an der Gewalstraße zur Errichtung einer Großtankstelle, der Verbesserung der Wasserbeschaffung des Gutes Wüstenhof, der Gedung der Aufzehrungsbauer für 1929/30 für das Parkhaus in Wüstenhof, der Aufzehrung von Grundstücken in Breslau-Deutsch-Wilsa an die Gewerbeaufsichtsverwaltung Breslau-G. m. b. H., der Verhinderung der Gewerbeabgabe Wohlhaberamt 1929 und Leistungen für Arbeitslose 1929, der Vertragung von Mitteln für die Wohlfahrtsförderung nach dem Wohlhaberamt für 1930, der Beschaffung verschiedener Einrichtungen für das Gaswerk Orlitz und der Übernahme des Wärmeabes in der Siedlung Klein-Görsdorf in städtische Verwaltung.

In einem auf billige Material berechneten Antrage verlangten die Kommunisten die Gewährung einer Wirtschaftsförderung von 80, 50 und 10 Mark, Wohlfahrtsförderung der öffentlichen Arbeit und Unterstützung der Gewerbeaufsichtsverwaltung in den Wohlhaberamten bestrieben. Damit sei jetzt Zeit der Abstimmung oft in den letzten Abstimmungen abgelaufen, so waren die Schwestern der Gewerbeaufsichtsverwaltung, die ihnen geben einen kleinen Gewerbeaufsichtsamt, bestellt worden. Sie haben auf Unterdrückung und sozialen Untergang bestanden. Sie haben, wie sie bestimmt haben, Wohlhaberamt und die bei der Abstimmung auf die Gewerbeaufsichtsverwaltung bestellten Schwestern, die Gewerbeaufsichtsamt bestellt.

Sozialdemokratische Partei

Gewerkschaftshaus, Zimmer 107-110
Telefon Nummern 50060-50061
Sonnabend von 6-11 und 6-11 Uhr

Die Programmkommission

zum Mittelschlesischen Frauentag trifft heute, Freitag, 16. Mai, 19 Uhr, im Zimmer 172, des Gewerkschaftshauses, Gartenhaus, zu einer Sitzung zusammen. Bis zu die gewählten Genossinnen werden erachtet, pünktlich und bestimmt zu erscheinen.

Werbeausschuss zum Mittelschlesischen Frauentag trifft heute, Freitag, 20. Mai, 19 Uhr, im Anschluß an die Sitzung der Programmkommission im Zimmer 172 zusammen.

Parteileitung und Genossen Wie fordern wir Parteimitglieder auf, am Dienstag, 21. Mai, in die Versammlung der Jungsozialisten zu gehen, in der Genossen Werner Jörn, Leipzig einen interessanten Vortrag über: „Die politische Belehrung der arbeitenden Jugend“ hält. Parteibuch oder Ausweis mitbringen!

Diktat 21. Dienstag, den 20. Mai, 20 Uhr, Frauenvorlesung Redner: Genossen Schwarz, „Der kommende Internationale Frauentag“ bei Matthes & Seidels.

Diktat 42 und 59 Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Sonntag früh, 8 Uhr, bei Wille, Impferei Grätz, zur Flugblattverbreitung und Agitation.

Diktat 51. Sonnabend, 17. Mai, 10 Uhr, bei Mastos, Herrnproß, Grätzstraße 3. Redner: Genossen Schwarz.

Diktat 51. Sonnabend, 17. Mai, 19.30 Uhr, bei Ternia, „Blauer Hirte“, Hundstett. Elternversammlung. Redner: Genossen Haase. Thema: „Elternbelohnungen“.

Abteilung Mittwoch, 21. Mai, 20 Uhr, im Dienstag, 20 Uhr, zu besuchen. Der Eintritt ist frei.

Jungsozialisten

Die Autofahrt findet wegen der anhaltenden schlechten Wetters am Sonntag nicht statt. Die Abteilung, 21. Mai, kommt alle Genossen zu dem Vortrag des Genossen Schwarz.

Zentrale, Montag, 19. Mai, findet auf der Unter den Linden 30 bei Heinrich die Generalsitzung zu unserer Revue statt.

Gruppe Streicher Tor, Schlesien (SAZ, Baratz, Leichtkötter), heute, Freitag, spricht Genossen Kirsch über „Die politische Lage“.

Sozialistische Ordnungsdienst Abteilung Ohlauer Tor. Die SO-Redaktion hat Dienstag, 19 Uhr, zum Dienstbeginn bei Wittenberg, Mauzplatz, zu erscheinen.

Sozialistische Arbeitserjugend Note fallen 7. Sonntag, 9 Uhr, Arbeitsdienst an der Brücke. Arbeitsgerät mitbringen.

Kreisler. Bis 19 Uhr sind heute, Freitag, die Karten zum „Bremen“-Film abzurechnen.

Heute 6. Sonnabend Nachtwisch. Treffpunkt 21 Uhr, am Sonnenplatz.

Gruppe sozialistischer Schüler Breslau

Wir treffen uns Freitag, 18.45 Uhr, Endstation der Linie 16 zu Fuß und Spaziergang und wie um 6.45 Uhr am Neumarkt zu Recht nach dem Feierabend. Teilnehmerkarten sind dort noch zu haben.

Freigewerkschaftlichen Jugendkartei

Wanderausflagen Die Versammlung der Männer, Frauen und Staffelgruppen Sonnabend ab 10.00 Uhr, Gewerkschaftshaus, ab 20 Uhr, „Moderne Literatur“.

Holzbearbeiterjugend Sonntag früh, 8.30 Uhr, Treffen in Schleißheim, Endstation der Linie 6. Wandern nach Holzbearbeiterjugend Sonnabend, 10 Uhr, im Heim, Gewerkschaftshaus, Versammlung.

Buntarbeiterjugend Freitag, 20 Uhr, im Heim, Gewerkschaftshaus, „Bunte Abende“ (Büro-Nachbildung).

Nahrungsmittel-Jugend Sonntag findet eine Besichtigung statt. Abendgruppen Schiller- und Tapetzerjugend. Sonntag Fahrt nach den Tönniesdorf-Zeilsteinherrenjugend. Heute, im Heim, Gewerkschaftshaus, Galeriegitter, 19 Uhr, Holzabend.

Von den Arbeitserlernfreunden

Ausstellung 3 (Brüderl, Heim, Schule) Heute, Freitag, 17. Mai, 20 Uhr, im Heim zum Gruppenabschluß. Sonntag, 18. Mai, 10 Uhr, treffen sich alle Holzabend am Sonnenplatz. Sonntag, 6.30 Uhr, treffen sich alle ganze Tag mitbringen.

Ausstellung 3 (Strehlener Tor) Die erste Gruppe der Holzabend am Sonnabend, 3 Uhr, zur Zeitfahrt, die zweite Gruppe um 5 Uhr. Jedes hat bei trauter Mitternacht. Bei Regenwetter Sonntag früh, 6.30 Uhr, es ist keine Parade. Nichts voreiggen.

Bereinskalender

Zentralverein der Maschinen und Betriebe Werte Kollegen, die für Sonnabend, 18. Mai, angekündigte Besichtigung findet nicht statt. Der Vorsitz-

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Elektroarbeiter Sonnabend, 17. Mai, 10.30 Uhr, Zimmer 9.

Schlosser Sonnabend, 17. Mai, 10.30 Uhr, Zimmer 10. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Das Genossenschaftswesen“; 2. Bericht von den Verhandlungen.

Metallarbeiter und Helfer Sonnabend, 17. Mai, 10.30 Uhr, Morgenfrühstück in Morgenfrühstück. Henkelner. Alle Kollegen aus den handwerksmäßigen Betrieben sind herzlich eingeladen.

Schleifer und Schleißwiede Montag, 19. Mai, 10.30 Uhr, Zimmer 9. Vom Dr. Hahn über „Die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten in wirtschaftlicher und persönlicher Beziehung“.

Metallarbeiter Mittwoch, den 21. Mai, 10.30 Uhr, Zimmer 9. Vom Dr. Hahn über „Die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten in wirtschaftlicher und persönlicher Beziehung“.

Arbeiter und Arbeitgeber Mittwoch, 21. Mai, 10.30 Uhr, Zimmer 11. Vortrag des Genossen Baumann.

Handarbeiter Mittwoch, 21. Mai, 10.30 Uhr, Zimmer 12, wichtige Versammlung.

Ausschuß für Arbeitserwaltung

Jeden Dienstag und Donnerstag finden im Gewerkschaftshaus, Zimmer 17, in der Zeit von 10-12 Uhr, Sprechstunden statt. Rat und Kunst in allen Wohlfahrtsangelegenheiten.

Rat und Kunst in Erwerbslosen

erteilt in allen einschlägigen Angelegenheiten die Erwerbslosenkommission der SPD. Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 18. Sprechstunden jeden Tag, außer Sonnabend und Freitag. Bei Anfragen von auswärts wird gebeten, Rückporto beizulegen.

Sexualberatung, Neue Taschenstraße 25, II

Sprechstunden jezt Dienstag und Donnerstag 18.30 bis 20.30 Uhr. Es findet unentgeltliche ärztliche Beratung über alle Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens, Störungen des Geschlechtslebens, Schwangerschaftsverhütung usw. statt. Die Beratung unterliegt der ärztlichen Schweigepflicht. Personalangabe nicht erforderlich.

* Zehn Mille Zigaretten gestohlen. In der vergangenen Nacht ist in die Filiale einer Zigarettenfabrik am Blücherplatz ein Einbruch verübt worden, bei dem die unbekannten Täter zehn Mille Zigaretten verschiedener Marken im Werte von 600 Mark als Beute mitnahmen.

* Breslauer Volksbühne. Zu den Südpark-Konzerten der Schlesischen Philharmonie erhalten die Mitglieder der Volksbühne in der Geschäftsstelle, Albrechtstraße 32, unverbindliche Schalterkarten zum ermäßigten Preise von 3,50 Mark statt 5 Mark.

* Breslauer Volksbühne. Zu der Oscar-Latzko-Aufführung, die bis zum 25. d. Mts. in der Künstlerbundhalle Christophsplatz stattfindet und täglich von 10 bis 5 Uhr geöffnet ist, erhalten die Mitglieder der Volksbühne gegen Vorkasse der Mitgliedskarte an der Auktionskasse Eintritte für 10 Pfennige zu einem ermäßigten Preise von 25 P. (statt 50 P.).

* Der große und kleine Saal des Gewerkschaftshauses, jenseit der Gartentore sind noch für einige Sonnabende und Sonntage unter den günstigsten Bedingungen zu vergeben.

Konzerte - Theater - Vergnügungen

Stabilisator Freitag, 20 Uhr, 10. Abonnements-Vorstellung der Serie C. „Capriccioso“ mit den Damen Kallina, Petris, Stoll und der Herren Reinoldi, Barth, Staras. „Der Bajazzo“ mit Gustav Wünckel in der Rolle des Baronen, Gobius, Barth. Als Redda gastiert Hanna Scherzer am Stabilisator, Kaiser, also Gatt auf Ankündigung. Ruhelose Ratten, 20 Uhr, „Der Zigeuner“ Sonntag, 20 Uhr, „Der Teufel“ Montag, 20 Uhr, „Gebüll und Söhne“, 10. Abonnementsvorstellung der Serie I. „Vorleser“ Freitag, 20.15 Uhr, und die folgenden Tage „Vierland“ und „Thalia“.

Die Gruppe junger Schauspieler, Berlin, veranstaltet mit großem Erfolg eine Reihe von Kleinkunstspielen, die von den Schauspielern selbst aufgeführt werden. Der Bühnenlauf hat begonnen.

Das Theater der Komödie, Wien, wird am Sonnabend im Bleich-Theater eine Kleinkunst-Prämierung abhalten. Insolge technischer Verzögerungen wird Freitag das Gewinnerkriterium verschoben.

Der Kleinkunst-Karneval, Wien, wird am Sonnabend im Bleich-Theater eine Kleinkunst-Prämierung abhalten. Insolge technischer Verzögerungen wird Freitag das Gewinnerkriterium verschoben.

Vollslufttag mit „Gildehof“

Wie wir erfahren, hat die Haus Bergmann, Zigarettenfabrik H. G. Dresden, die Einladung zur Teilnahme eines ihrer „Gildehof“-Festivals am Sonntag, dem 18. Mai, ausgesetzt, angekündigt. Die Anmeldung der „Gildehof“-Mutter auch für die Kunstflüge erwünscht, doch bis von Ihnen Ausschreibungen hat uns wohl bekannte Sportvereine bestätigt. Zigarettenfabrik H. G. Dresden, deren streng Industriedienst mit sportlichen Idealen

! Berge ist nicht, für Eure Partei!
Und mit Eure Freude zu werden!

Der Großfilm die

Die Wahlen in der Wojewodschaft

Wahlstimmen in Schlesien

"Kattowitzer Zeitung" (Nr. 100 vom 12. Mai): Die Wahlen ergeben ein Nachwachsen der deutschen Stimmen und einen neuen Beweis für die ungeschwächte Kraft des Deutschen Volks in der Wojewodschaft. Den Erfolg verdankt die deutsche Mählgemeinschaft ihrem klaren und wirkungsvollen Programm. Das Blatt äußert jedoch Sorgen für die Zukunft und erweist sich als einer der künftigen Stärke. Grajinsth verfügt nur über 10 Mandate, denen 34 Oppositionskandidaten gegenüberstehen. Konsanty kann sich Grajinsth nicht nähern und die Deutschen infolge des Kultur- und Schulkampfes auch nicht trocken lassen. Der Deutsche Wahlblock ist die Wirkung der Grajinsth'schen Politik. Wenn diese Politik fortgesetzt wird, dann ist das weitere Anwachsen der deutschen Stimmen unvermeidbar. Zum Schluss fordert das Blatt den Ausbau der Parteiorganisation.

"Oberschlesische Kurier" (Nr. 110 vom 13. Mai): Nicht die Kommunalwahlen und die Schulinschreibungen sind ein Beweis für die Stärke des Deutschen Volks, sondern die Sejm-wahlen."

"Polonia" (Nr. 110 vom 13. Mai): Konsanty beleuchtet in einem langen Artikel "Halbmaß" die Ergebnisse der Wahlen. Er schreibt, dass Regierungslager und die Regierung müssen Halbstimmungen lassen, denn von ungefähr 600 000 abgegebenen Stimmen haben die Regierungsparteien nur 120 000 und von 48 nur 10 Mandate erwerben können. Wenn der maßgebliche Faktor im Staat (Wirtschaft) noch etwas Verständnis für das Staatsinteresse habe, dann werde er seine Exposition aus der Wojewodschaft zurückziehen. Das Blatt macht den Wojewoden und seine Politik für den deutschen und kommunistischen Wahlkampf verantwortlich, der "ein Schaden für den polnischen Staat und das polnische Volk" sei. Besonders interessant ist die Feststellung des Verfassers, dass unter den deutschen Wählern viele politische Stimmen aus der Abstimmungszeit seien, die durch Grajinsths Politik von Polen entzweit wurden. Außerdem sei der Wahlerfolg der Deutschen ein Protestakt der polnischen Bevölkerung gegen die unerlaubte und verdammswerte Wahlpropaganda des Regierungslagers. Mit Gerechtigkeit und Offenheit "brandmarkt" Konsanty die Verschärfung aller oppositionellen Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und Vereine, ohne Unterschied der Nation, seitens des Regierungslagers. Er fordert die Zusammenarbeit mit der Nationalen Arbeiterpartei (NPAN), damit verhindert werde, "dass die polnischen Massen von den Deutschen, den Sozialisten und Kommunisten beherrscht werden." Indem er die Unmöglichkeit einer Regierungsmehrheit der polnischen Opposition bestehend aus CDNPB und PPS feststellt, fordert er die sofortige Ablösung Grajinsths, damit nicht für das Land und den ganzen Staat eine Katastrophe eintrete. Eine Ablösung des Sejm und Neuwahlen würden das Land in den Abgrund der Anarchie stürzen."

"Volltreue" (Nr. 109 vom 13. Mai): "Wir haben eine Schlacht verloren. Konsanty und die Deutschen haben die Wahl gewonnen." Das Blatt hofft, bei der nächsten Gelegenheit die Scharte weit zu machen. Die Stimmen der deutschen Sozialisten wurden an die Kommunisten abgegeben, was ein indirektes Werk der Grajinsth'schen Politik ist. In der Nr. 110 vom 14. Mai schreibt das Blatt, dass die Niederlage der Partei und der Stimmenverlust zugunsten der Kommunisten eine Notwendigkeit für den Gedenktag des 1. Mai ist. "der politischen Gefangenschaftigkeit der überösterreichischen Arbeiterschaft ist." Der beschrittene, feste Weg müsse weiter gegangen werden, denn er sei richtig und "unsere sozialistische und nationale Mission könne nicht von Wählern folgen abhängig gemacht werden." Indem das Blatt "keine Ursache hat, sich über den Wahlerfolg des deutschen Wahlblocks nicht zu freuen", weil es sich um Brüder und Schwestern handelt, die "unter uns" stehen, stellt es gleichfalls die Arbeitsschule des neuen Parlaments fest. Die wichtigste Voraussetzung zur Arbeitsfähigkeit ist die Überprüfung des Wojewoden. Die Regierung werde jedoch nicht die Konsequenz ziehen und daher werde der neue Sejm der

Aus der Umgebung

Hermannsdorf. Am Sonntag, den 18. Mai, morgens 6.30 Uhr, macht die Ortsgruppe der SPD, in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner einen Maiausflug. Um 7.45 Uhr finden dann in Artoldsmühle unsere fälligen Monatsversammlungen statt. Die Genossen werden hierdurch aufgerufen, um 6.45 Uhr auf dem Sammelpunkt des Reichsbanners anzutreten. Sammelpunkt Heldenreichsche.

Schoenborn. Bewahrt Kinder vor Gift. Bei einem Umzug des hiesigen Bäckermeisters Biedler spielten dessen Kinder im Hofe und fanden einen unachtsam liegen gelassenen Beutel mit Ameisengeist. Die Kinder klopften davon und vergifteten sich daran, dass der dreijährige Junge kurze Zeit danach verstarb.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-176
Telefon 59068, 59061
Öffnungszeit von 8-12 und 16-19 Uhr

Schöltwitz. Am Sonnabend, 17. Mai, 20 Uhr, im Lokal Preller, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse H. Löbe.

Strachwitz. Am Sonnabend, 17. Mai, 20 Uhr, im Lokal Retsch, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Fränkel.

Zindel. Am Sonnabend, 17. Mai, 20 Uhr, im Lokal Scheile, Mitgliederversammlung. Redner: Genosse Juhnke.

Kottwitz. Am Sonnabend, 17. Mai, 20 Uhr, im Lokal Wolf, öffentliche Versammlung. Redner: Genosse Dr. Korn.

Dippau. Heute abend 8 Uhr, bei Niwitschi Mitgliederversammlung.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Banner Löhe, Ortsgruppe Neumarkt

Sonnabend, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal des "Gelben Löwen" Mitgliederversammlung. Pflicht eines jeden Kameraden ist, an der Versammlung teilzunehmen.

Umflicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Kietzern

Wochend aus mit detaillierteren Berichten

Auch in den vergangenen 24 Stunden habe ich die Substanzwetterlage untersucht und wir zunächst noch im Bereich der sehr instabilen Luftmassen verblieben. Es wird die wechselhafte, im allgemeinen kühle Witterung, zurück nach Südwärts.

Wochende ist das schlechte Wetter und die schlechten Witterungsbedingungen.

Bei nordwestlichen Winden wölbt sich der Himmel auf und bleibt aufgehoben. Es ist eine leichte Aufwärtsbewegung, die etwas wärmer.

Wochende ist das schlechte Wetter.

AUS ALLER WELT

1930

16. Mai

Hochwasser in Bayern und am Rhein

Der anhaltende Regen der letzten Tage, der sowohl auf schwächerer wie auch auf deutscher Seite die Flüsse, die zum Rhein führen, außerordentlich anstauen und zum Teil über die Ufer treten ließ, hat zum außerordentlichen Steigen des Rheins geführt. Seit Beginn der Woche ist das Wasser um mindestens zwei Meter gestiegen. An einzelnen Stellen ist der Rhein über die Ufer getreten. In Basel steht die Personenfähre einen Meter unter Wasser, sodass die Personenschiffahrt auf dem Rhein eingestellt werden musste. Auch die Güterschiffahrt ist vollständig, da die Schiffsbrücke bei Klein-Hüningen infolge dieser diesbezüglichen Stromung nicht mehr benutzt werden kann.

Das Hochwassergebiet in Südbayern dehnt sich weiter aus. Nach dem Hochwasserbericht der bayerischen Landesstelle für Gewässerkunde hat die Entwicklung des gestern angekündigten Hochwassers bis heute erhebliche Fortschritte gemacht. In Südbayern ist insbesondere in den Flussgebieten der Iller, der Wertach, des Lech, der Isar und Wagingerfall sowie am Tegernsee großes Hochwasser eingetreten, das vielfach an die Ausmaße des Juli-August-Hochwassers des Jahres 1924 heranreicht und teilweise sogar übertrifft. Die höchsten Stände wurden bereits gestern erreicht in Kempton mit 388 Zentimeter (Juli-August-Hochwasser 1924: 348 Zentimeter), in Kaufbeuren die Wertach mit 222 Zentimeter (1924: 289 Zentimeter), in Lechbruck mit 222 Zentimeter (1924: 289 Zentimeter), Wolfratshausen die Isar mit 280 Zentimeter (1924: 210 Zentimeter), München 453 Zentimeter (1924: 410 Zentimeter). Tegernsee 175 Zentimeter (159 Zentimeter). Die an ihre Mündungsstellen sich heranwälzenden Flutwellen der Iller und des Lech, sowie der Isar lassen auch für die jüngsten Flutabschnitte der Donau größeres Hochwasser befürchten. Für Nordbayern besteht eine Hochwassergefahr nicht. Die Ursache des Hochwassers ist neben den schweren Regenfällen hauptsächlich auch in der starken Schneeschmelze im Gebirge zu suchen.

In Oberbayern haben die außerordentlichen Regenfälle der letzten Tage besonders im Schwarzwald bis zu 100 Millimeter Niederschlag gebracht. Alle Schwarzwaldflüsse führen Hochwasser und nicht nur im Elztal, sondern auch in den südlichen und nordöstlichen Tälern sind die Schwarzwaldflüsse über die Ufer gegangen. Vom Hoch- und Oberrhein wird ein schnelles Steigen befürchtet, das vor allem am durch die Schneeschmelze gefördert wird. Der Wälzerbruch im Elztal hat zu einer Überschwemmungskatastrophe geführt, wie sie seit Jahren in Oberbaden nicht vorgekommen ist.

Auch ein „deutscher Arbeiter“



Der vierte Sohn von Wilhelm in Doorn, Prinz August Wilhelm von Preußen, der jahrelang dem Stahlhelm anhört hat, ist zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei übergetreten.

Der Sohn von besseren Eltern

Am Mittwoch und Donnerstag verhandelte das Münchener Amtsgericht gegen den 25 Jahre alten Fabrikbesitzersohn Jakob Lüttgen aus Kreuzau im Rheinland, der in der Nacht zum 21. Dezember vorigen Jahres eine 19jährige Frau entführte in seinem Wohnzimmer ermordet hat. Die Anklage lautet auf vorzüchlichen Mord. Die Verhandlung erwähnte einen tiefen Einblick in das Leben eines arbeitsamen, halt- und willenslosen Lüttlings, den nur die eine Sorge rüttete, wie er die reichen Geldmittel, die ihm sein Vater monatlich überstande, mit Weibern und Alkohol wieder losbrachte. Am Donnerstag gaben die Sachverständigen ihre Gutachten ab. Während der eine den Angeklagten für voll verantwortlich erklärte, glaubte der zweite Gutachter, dass Lüttling die Tat im Zustand des Deliriums begangen habe. Angesichts dieser einander gegenüberstehenden Sachverständigenansichten riet das Gericht die Verhandlung aus, um ein Übergutachten einzuhören.

Gerichtsverhandlung am Ort der Tat

Die neue Bestimmung der Strafprozeßordnung, wonach das Gericht am Tatort zusammengetreten kann, wurde am Dienstag um ersten Platz im Dörschen Sorga bei Bad Hersfeld zur Anwendung gebracht. Der zwanzigjährige Chauffeur Rübenbach aus Sorga war beschuldigt, seinen Vater mit einem Jagdgewehr erschossen zu haben. Das Große Schöffengericht Kassel kontrahierte den behaupteten Hergang der Tat an Ort und Stelle mit dem Erfolg, dass der Angeklagte freigesprochen wurde.

Die Lübecker Säuglingstragödie

Mit dem Tod von acht und der Ertrankung von 23 Lübecker Säuglingen, die mit dem in Deutschland noch nicht genügend erprobten Calmetteschen Tuberkulosemittel gesüßt worden sind, beschäftigt sich nunmehr auch die Staatsanwaltschaft. Es wird gegen die verantwortlichen Ärzte der Vorwurf erhoben, dass die Behandlung der Kinder mit dem Calmettes-Mittel nicht in allen Fällen mit Wissen der Mütter geschehen ist. Was noch schwerer liegt, ist, dass sämtliche Lübecker Hebammen Kulturen ihrer Kinder überlassen ausgehändigten haben, wodurch fatale Fehler bei der Dosierung sehr leicht Fehler unterlaufen. Zuletzt schafft die ärztliche Kontrolle fehlt. Zwischenzeitlich hat das Reichsgesundheitsamt Professor Dr. Lange, einen bekannten Tuberkulosefachmann, nach Lübeck entländt. Dazu erklärt Professor Dr. Lange, der Direktor des Lübecker Krankenhauses: „Wir werden gemeinsam mit dem Reichsgesundheitsamt die Anstalten untersuchen, aber schon heute kann ich sagen, dass es in meinem ganzen Leben nicht mehr meine Einwilligung zu der Anwendung des Präparates geben werde. Da die von mir untersuchten Präparate einwandfrei waren, kann ich nur zu der Annahme

kommen, dass die Bakterien virulent geworden sind, dass also ein Rückfall in die alte Form eingetreten ist. Dies würde allerdings für das Calmettesche Verfahren eine niederschmetternde Feststellung sein.“

Berliner Stadtoberrat inspiziert Selbstmordversuch

In seiner Wohnung in der Breiten-Strasse in Westend hat der Stadtoberrat Borherdt, gegen den ein Verfahren wegen Besiegung schwelt, einen Selbstmordversuch unternommen. Borherdt wollte sich mit einem Revolver eine Kugel in den Kopf schießen, hat aber in der Aufregung die Waffe zu früh abgedrückt und sich eine schwere Schussverletzung am Hinterkopf beigebracht. Borherdt wird beschuldigt, bei Bestellung von Schnellbüchern zwei Firmen bevorzugt und dafür große Provisionen erhalten zu haben.

Die Potsdamer Blutschande

Vor dem Erweiterten Potsdamer Schöpfgericht begann am Donnerstag der Prozess gegen den ehemaligen Amts- und Gemeindevorsteher von Bornum-Bornstedt bei Potsdam, Arthur Krenzel. Der Angeklagte soll an seiner 16 Jahre alten Tochter Gertrud fortgesetzte Blutschande begangen haben. Krenzel bestreitet jede Schuld. Weinend erklärt er: „Nichts habe ich mit ihr getan, nichts, meine Herren, alles bloß Klatsch aus dem Pfarrhaus!“ Nachdem die ältere Tochter ihre früheren Anschuldigungen zurückgezogen hat, durfte die Kernfrage des Prozesses werden, wie weit den Bekämpfungen der 16jährigen Gertrud, die lange Zeit unter dem frömmelnden Einfluss des Bornimer Pfarrhauses gestanden hat, Glauben geschenkt werden darf. Der Angeklagte erzählt, wie seine Tochter gar keinen andern Gedanken mehr habe als, als zu dem Pfarrer zu gehen. Das Elternhaus habe ihr überhaupt nichts mehr bedeutet. Die 16jährige Gertrud Krenzel selbst, die Hauptbelastungzeugin, wiederholt dagegen vor Gericht ihre schweren Anschuldigungen und erklärt, dass ihr Vater sie schon von ihrem ersten Jahre an missbraucht habe. Nur aus Furcht vor dem Angeklagten hätte sie so lange geschwiegen. Auch will sie jetzt davon überzeugt gewesen sein, dass ihre Mutter von allem gewusst habe. Der Vater erklärt jedoch nochmals: „Es ist alles Lüge, was meine Tochter Gertrud gegen mich vorbringt; alles hat man ihr im Pfarrhaus eingeredet!“

Trotz Tod von Paul Lewis Water

Der 86 Jahre alte Jacob Levi, der Vater des vor kurzer Zeit auf tragische Weise ums Leben gekommenen Reichstagsabgeordneten Paul Levi, hat sich in seinem Heimatsorte Haching (Württemberg) aus dem Fenster gestürzt und verschieden in den Folgen der erlittenen Verlebungen. Jacob Levi konnte den Tod seines Sohnes nicht verschmerzen.

Frau Edmeling wieder auf freiem Fuß

Die argentinische Regierung hat der Tanztruppe der Frau Edmeling die Einreiseerlaubnis erteilt. Ihr Eintreffen in Buenos Aires wurde am Donnerstag erwartet. Frau Edmeling, die in Montevideo, der Hauptstadt von Uruguay, verhaftet worden war, ist wieder auf freiem Fuß gesetzt worden.

Ein Kleinluftschiff überquert die Ostsee

Das für die Stockholmer Ausstellung gebaute Seddiner Kleinluftschiff traf gestern nachmittag um 3 Uhr auf dem Flughafen von Malmö ein. Die Fahrt ging von Stolp über Rügen der schwedischen Küste zu. Wie der Führer, Major v. Stelling, mitteilt, ist die Fahrt zur vollen Zufriedenheit verlaufen. Die Weiterfahrt nach Stockholm erfolgte Donnerstag.

Schlagwetterkatastrophe in Amerika

In Avella (Pennsylvania) ereignete sich am Donnerstag abend in einem Kohlenbacht eine schwere Schlagwetterkatastrophe, der 28 Menschen zum Opfer fielen. Ein großer Teil der aus 400 Mann bestehenden Belegschaft des Schachtes war stundenlang eingeschlossen und konnte nur unter außerordentlich schwierigen Umständen gerettet werden.

**Schöne Spielsachen
für Ihre Kinder
erhalten Sie
als Werbegaben
für die
GUTSCHEIN-
ABSCHNITTE**

**von LUX
SEIFENFLOCKEN
SUNLICHT
SEIFE
VIM und SUMA**

Verlangen Sie von Ihrem Kaufmann oder von uns den Werbegaben-Katalog und wählen Sie aus der Auswahl nach Wunsch.

W.H.-20

SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM

Maria Orska

Die Tragödie einer Schauspielerin

Die Schauspielerin Maria Orska, die schon seit Jahren Morphinistin ist und von Sanatorium zu Sanatorium wandert, liegt in einem Wiener Sanatorium im Sterben. Zehn Beronial-tabletten, die sie in ihrer Raufgängiheit — manche vermuten auch in selbstmörderischer Absicht — auf einmal zu sich genommen hat, haben sie in einen Zustand völliger Bewußtlosigkeit versunken lassen, eine hinzutretende Vungenzündung gab der ungünstlichen Frau den Rest. Maria Orska, exzentrisch, launenhaft, immer etwas hysterisch, dabei im Grunde doch sehr sympathisch, stand lange im Mittelpunkt der sogenannten Berliner Gesellschaft, die immer neue Skandale zu erzählen wußte, in deren Mittelpunkt die Künstlerin stand. Da war die Geschichte mit ihrem zweiten Mann Baron v. Bleidröder, die „Halsbandsaffäre“, die seinerzeit so viel Staub aufgewirbelt hat. Da waren seltzame Szenen in exklusiven Lokalen des Berliner Westens, von denen man nicht genug zu berichten wußte. Viele Leute, die skeptisch waren, hielten das alles, die Morphinrausch und die nie abreißende Kette der Skandale, für Reklameideen der Orska und ihres Managers. Lieberblende aber wußten, dass die ungünstliche Frau wie von Kurien gepolstert, in einer unabzähmbaren Lebendigkeit, die sich mit einer hemmungslosen Sicht nach Betäubung jeder Art paarte, von einem Abenteuer ins andere taumelte, ohne selbst klar zu wissen, wo sie und warum...

Szene auf der Bühne der Reinhardtschen Kammertheater in der Schumannstraße zu Berlin. Die Orska spielt eine ihrer Paraderollen in einem führenden Reizer so jugendlich, so hinreißend und bezaubernd, dass das Publikum in spontanen Beifall auf offener Szene ausbricht. Maria Orska dankt mit glückseligem Lächeln. Der etwas scharfe Mund vibriert vor Aufregung. Die dunkelbraunen Augen haben einen siebigen, fast ekstatischen Glanz. Das Stück geht zu Ende, die hingerissenen Zuschauer danken der Künstlerin mit minutenlangen Kundgebungen. Dann sinkt der eiserne Vorhang, Maria Orska wandt in ihre Garderobe zurück. Die bewegten Zuhörer, die in froher Laune das Theater verlassen, ahnen nicht, welche Tragödie sich jetzt hinter den Kulissen abspielt. Maria Orska, vor Ergröfung am ganzen Leibe zitternd, betonti Schnelltempo, verzückt in einem Lobspruch vor dem Spiegel ihrer Garderobe und rast wie wild durch die Räume. Nur unter größten Schwierigkeiten gelingt es einer Wärterin und einem Arzt, die blonde Frau, die fortgesetzt um Morphin



bittet, durch eine Einspritzung zu beruhigen. Eine halbe Stunde später fährt man sie im Auto ins Sanatorium, von der Höhe ihres Triumphes in ein Krankenzimmer.

Eine andere Szene. In einem sehr eleganten Lokal des Berliner Westens sitzt Maria Orska mit Verwandten und Kollegen zusammen. Sie ist bester Laune, lacht fast unaufhörlich, erzählt Anekdoten, dann diskutiert sie sehr eifrig mit einem älteren Herrn, der ein Arzt zu sein scheint, über Vererbungstheorie. Plötzlich, ganz jäh, kommt es zu einer Krise. Maria Orska wird bleich, macht ein finsternes Gesicht und bekommt unvermittelt einen Weinkampf. Die anderen Gäste werden aufmerksam, der Zwischenfall ist allen am Tisch Anwesenden ungemein peinlich. Schließlich verschlägt die Künstlerin in einem Wutanfall Gläser und Teller und muss hinausgebracht werden. Wohin geht der Weg? Wieder in ein Sanatorium.

Im Eisenbahndamm der Straße Frankfurt-Würzburg findet ein Bahnarbeiter eine noch ziemlich junge Frau, die sich in einem erbauungswürdigen Zustande befindet. Ihr Gesicht ist totenbleich und von Krahmunden entstellt, die Kleidung beschmutzt und vernachlässigt die Unglücksche vermag auf keine Frage des Arbeiters eine klare Antwort zu geben. Immer wieder sammelt sie nur, dass sie unendlich müde sei. Der Mann, der nicht weiß, was er mit dem armen Geschöpf anfangen soll, alarmiert einen Landgendarmen. Sie bringen die Frau gemeinsam ins Krankenhaus. Hier ergeben langwierige Ermittlungen, dass die Zusammengebrochene niemand anders ist als Maria Orska, die wieder einmal aus einem Sanatorium, in das man die Morphinfüchtige gestellt hat, entwichen war und nun hungrig und halb im Dämmerzustand auf den Straßen umherirte...

Sicherlich war Maria Orska, die jetzt erst 34 Jahre alt ist, eine der bedeutendsten und ergreifendsten Darstellerinnen der deutschen Schaubühne. Es ist von tiefer Tragik, dass die künstlerisch hochbegabte Frau, die auch eine der menschlich sympathischsten und interessantesten Erscheinungen des deutschen Künstlerlebens ist, so enden musste. Ihre Leistung ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass die Künstlerin, die auf der Bühne ein so reizvolles Deutsch sprach, eigentlich aus Russland stammt und die deutsche Sprache erst im Wiener Hause ihres Onkels erlernte. In Wien war es auch, wo sie den Entschluss fasste, zur Bühne zu gehen, der ihre Leidenschaft schon seit frühester Jugend geprägt hatte. Die ungemein erfolgreiche Laufbahn führte sie unter anderem nach Wien, Prag, Hamburg und vor allem nach Berlin. Schräher war nur ihr Spiel erschütternd, jetzt ist es auch ihr Schicksal.

Maria Orska verlobt

Heute nacht um 23.15 Uhr, ist im Allgemeinen Krankenhaus die Schauspielerin Maria Orska an den Folgen der Beronialvergiftung gestorben.

Ungewöhnliche Pläne

Gleichbahn und unsere Beamte

Selbst ihrer Gründung betreibt die Reichsbahn-Gesellschaft eine Personalpolitik, die sich gegen die Arbeiterschaft und gegen die Beamten der unteren Bevölkerungsgruppen richtet. Die Hoffnung, daß das nach der Neugestaltung der Reichsbahnverhältnisse auf Grund des Young-Planes besser werde, scheint sie nicht zu erfüllen. So führt die Reichsbahnverwaltung im Anschluß an den eben eingeleiteten Arbeiterversuch einen neuen Schlag gegen das Beamtenverhältnis in den Laufbahnen des Betriebs- und Verkehrsdienstes. Diese Beamten rekrutieren sich hauptsächlich aus den Arbeitern der Reichsbahn. Sie werden ihm zu ihrer Anstellung als Beamte als sogenannte Hilfsbeamte ihm Lohnverhältnis beschäftigt.

Die Zahl der auf Beamtenposten tätigen Arbeiter (Hilfsbeamten) ist immer mehr angestiegen. So waren in den vergangenen Monaten des letzten Herbstes nach der Personalstatistik der Reichsbahn über 90 000 Hilfsbeamte auf Beamtenposten beschäftigt. Die Folge ist, daß die Beamtenanwärter im Arbeiterverhältnis ein immer höheres Lebensalter erreichen, ehe sie in eine Beamtenstelle einzrücken. Jetzt will nun die Reichsbahnverwaltung über 90 Prozent dieser Hilfsbeamten von der ihnen zugeschriebenen Überführung in das Beamtenverhältnis gänzlich ausschließen. Das soll erreicht werden durch die Einstellung einer Lebensaltersgrenze, nach deren Überschreitung eine Überführung ins Beamtenverhältnis nicht mehr in Betracht kommt. Diese Grenze soll das 35. Lebensjahr sein. Wer also das 35. Lebensjahr vollendet, kommt für eine Anstellung nicht mehr in Betracht — unbeschadet seiner bisherigen und künftigen ständigen Verwendung im Beamtdienst.

Eine solche Maßnahme würde nach den eigenen Unterlagen der Reichsbahnverwaltung weit über die Hälfte der Beamtenanwärter im Lohnverhältnis fest schon von der Erlangung des Beamtenverhältnisses ausscheiden. Aber auch die Beamtenanwärter im Alter unter 35 Jahren werden bei der gegenwärtigen Ausschließung der Beamtenstellen im Betriebs- und Verkehrsdienst das 35. Lebensjahr überschreiten, ohne eine Beamtenstelle zu erreichen. Vor ihnen müssen nämlich noch die ehemaligen Beamten wieder in die Beamtenstellen gebracht werden, die in den früheren Jahren von der Reichsbahn unter Auflösung der Beamtenstellung ins Arbeiterverhältnis zurücküberführt worden waren. Außerdem warten in diesen Gruppen vor ihnen noch Tausende von außerplanmäßigen Beamten auf ihre planmäßige Einstellung, die

meist schon acht bis zehn Jahre im außerplanmäßigen Beamtenverhältnis stehen. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß die Unterlagen der Verwaltung von den 80 bis 90 000 Hilfsbeamten nur rund 32 000 als Beamtenanwärter umfassen, also von vornherein der größten Teil von der Anwartschaft ausschließen.

Dieser Schlag würde für die Beamtenanwärter unter den Arbeitern der Reichsbahn bis auf einen kleinen Rest jede Aussicht vernichten, jemals Beamter zu werden. Trotzdem rechnet die Verwaltung darauf, diese Kräfte auch künftig im Beamtdienst zu belassen; sie könnte ohne diese Kräfte auch den Betrieb gar nicht reibungslos durchführen. Es handelt sich hier um die schwerwiegendste Maßnahme, die seit Bestehen der Reichsbahn-Gesellschaft gegen den Bestand des Beamtenverhältnisses der unteren Gruppen geführt worden ist. Das Beamtenverhältnis wird in diesen Laufbahnen von der Seite des Nachwuchses her abgesprengt. Gleichzeitig sollen nämlich für den künftigen Nachwuchs der Beamten aus Arbeitern die Bedingungen derart verschärft werden, daß auf absehbare Zeit Arbeiter für die Beamtenstellung kaum mehr in Betracht kommen.

Als Begründung für ihre Pläne führt die Reichsbahn die hohe Pensionslast an. Sie sagt, daß ein Beamter, der erst in späterem Lebensalter angestellt werde, schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit mit seiner Pensionsversorgung in Erziehung trete und infolgedessen die Pensionsausgaben zu stark belaste. Diese Darstellung ist irrelegend. Das verhältnismäßig späte Einstellungsalter für Beamtenanwärter im Arbeiterverhältnis wird bedingt durch die niedrige Zahl der Beamtenstellen in den Laufbahnen des Betriebs- und Verkehrsdienstes. Wenn ein hoher Prozentsatz der Beamtdienstposten mit Hilfsbeamten besetzt wird, so ist natürlich auch die Zeitspanne entsprechend lang, während der der Beamtdienststeller im Lohnverhältnis steht. In Wirklichkeit spart also die Verwaltung an diesen Beamtenkräften gerade dadurch, daß sie mit dem späten Lebensalter erst in eine Beamtenstelle einzrücken.

Der Einheitsverband der Eisenbahner denkt nicht daran, sich mit den geschwärzten höchst unsozialen Absichten der Reichsbahnverwaltung auseinanderzusetzen. Wir können uns auch nicht denken, daß der künftige Verwaltungsrat, der nach dem neuen Reichsbahngebot ausschließlich aus deutschen Vertretern bestehen soll und an dem also Ausländer nicht mehr beteiligt sein werden, sich dazu überreden sollte, einen neuen Entwicklungsabschnitt der Reichsbahn ausgerechnet mit derartigen ungewöhnlichen Maßnahmen einzuleiten.

Krisenfürsorge auch für das Bauhandwerk!

50 Prozent aller Bauarbeiter noch immer arbeitslos

Der Reichstag hat vor einigen Tagen sich in öffentlicher Sitzung zur Belebung des Baumarktes, vor allem des Wohnungsbau, eingesetzt. Gleichzeitig jedoch jedoch im Bauhandwerk noch schärfere Arbeitslosigkeit. Mitten im Mittwoch, den 2. Februar, forderte der Vorsitzende der Arbeiterversicherung, "Grundstein", und erwartet, daß auch jene Kreise, die dem heutigen Reichsminister näher liegen als wir, und besonders jene, die zurzeit immer den Mund so voll nehmen und jeden Hinweis auf die Geldabwendung der Arbeitslosenversicherung empört zurückweisen, allen ihren Einfluß ausüben werden, damit die Bauarbeiter unverzüglich in den Genuss der Krisenunterstützung kommen."

Die Forderung auf Einbeziehung in die Krisenfürsorge ist von den Bauarbeiten bereits Mitte Januar in einer Eingabe an den Reichsminister Wissel gestellt worden. Von ihm ist die Berechtigung dieser Forderung damals auch anerkannt worden. Die Deutsche Volkspartei hat jedoch getreu ihrer in der Arbeitslosenfrage verfolgten Aushangserklärung, die Bereitstellung der notwendigen Mittel für den Ausbau der Krisenunterstützung unmöglich gemacht. Nicht haben die christlichen Gewerkschaften die Möglichkeit, den Wert ihrer Querverbindungen mit den bürgerlichen Parteien zu zeigen.

Die Voraussetzungen zur Einbeziehung der Bauarbeiter in die Krisenfürsorge sind vollauf gegeben, denn kein Mensch wird heute mehr bestellen wollen, daß sich der Arbeitsmarkt in einer Krise befindet und deshalb der Ausbau der Krisenunterstützung auf der ganzen Linie notwendig geworden ist. Allein in der Zeit vom 15. März bis 15. April sind, wie auf der Bundesauskunftsitzung des ADGB festgestellt wurde, rund 140 000 Personen aus der Arbeitslosenversicherung ausgeteuert worden. Wer im Winter vielleicht noch auf eine Belebung des Arbeitsmarktes im Frühjahr gerechnet hat und aus einem solchen, allerdings schon damals wenig begründeten Glauben heraus von einer Erweiterung der Krisenunterstützung nichts wissen wollte, der muß heute angesichts der neuesten Arbeitslosenziffern eines Besseren belehnt sein. Wer sich heute noch einem Ausbau der Krisenunterstützung in den Weg stellt, bedroht Rache und Ordnung im Staat.

Angestellentagung

Der Zentralverband der Angestellten hat seinen 4. Verbandsitag für den 18. bis 20. Mai 1930 nach Stuttgart einberufen. Zwei Referate: "Öffentliche Belastung und Wirtschaftsentwicklung" und "Wirtschaft und Sozialpolitik" geben der Tagung ihr Gepräge. Referenten sind der bekannte Reichstagsabgeordnete und Finanzachverständige Dr. Paul Herr und Dr. E. Schröder, Vorstandsmitglied der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Von beiden Referenten werden Fragen angeschnitten, deren Behandlung in letzter Zeit in Verbindung mit dem Finanzprogramm der Reichsregierung in allen interessierten Kreisen großes Aufsehen erregt. Insbesondere handelt es sich dabei um den Youngplan, die Kostenverteilung, die neuen Verbrauchsteuern und die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Besonders die letzte Frage beschäftigte die Delegierten sehr. Der Verbandsitag des D.A.W. wird die berichtigten Interessen der Angestellten in diesen Fragen gegenüber der Reichsregierung zum Ausdruck bringen.

Ein großer Teil der Verhandlungen des Verbandstags ist auch organisatorischer Natur geworden. Das auf dem letzten Verbandsitag in Köln 1927 beschlossene Programm wird zum nächsten Auftakt des Verbands in den letzten drei Jahren fortgeführt werden. Das zum Jahresende 1929 mit fast 100 000 Mitgliedern aufgestiegene Mitgliedertum der Deutschen Angestelltenorganisationen und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaften wurde in den letzten drei Jahren auf 40 000 abgesunken. Die Mitgliedschaften der Deutschen Angestellten-Gewerkschaften wurden in den Jahren 1926 bis 1929 von 100 000 auf 80 000 abgesunken. Die Mitgliedschaften der Deutschen Angestellten-Gewerkschaften wurden in den Jahren 1926 bis 1929 von 100 000 auf 80 000 abgesunken.

Der Verbandsrat wird über Mittel und Wege beraten, die geeignet sind, dem Handlungsspielraum und Büroräumen den Weg zur Organisation zu weisen, denn nur eine starke, unabhängige Gewerkschaft kann den sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg der Angestellten ermöglichen.

Das hat noch gefehlt

Das Mitteldeutsche Landesarbeitsamt schaltet Erwerbslose im Alter von 21–30 Jahren vom Bezug der Krisenunterstützung aus.

Der Präsident des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland hat angeordnet, die Arbeitslosen im Alter von 21 bis 30 Jahren, die nicht überwiegend Ernährer von Familien sind, vom Bezug der Krisenunterstützung ausgeschlossen. Dagegen muß schärfster Protest erhoben werden. Ausgerechnet in einem Augenblick, wo die Erweiterung der Krisenfürsorge ganz allgemein als dringende Notwendigkeit auch vom Vorstand der Reichsanstalt anerkannt worden ist, will man in Mitteldeutschland dazu übergehen, große Gruppen von Arbeitslosen rücksichtslos vom Bezug der Krisenunterstützung auszuschließen. Der Erfolg des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland ist mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren, da er eine besondere Form der Bedürftigkeitsprüfung festlegt, die über die gesetzliche Regelung der Bedürftigkeitsprüfung weit hinausgeht. Es ist anzunehmen, daß der Reichsminister eine Aufhebung des Erlasses anordnen wird.

Die Lage auf dem Baumarkt

Ist katastrophal. Vorschläge zur Besserung der Situation gibt es in Hülle und Fülle. Der Reichswirtschaftsrat hat z. B. eine ganze Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet. Sie bedenken im wesentlichen mit den von den freien Gewerkschaften früher empfohlenen Hilfsmahnahmen zur Belebung des Baumarktes. Leider bedeuten die Vorschläge des Reichswirtschaftsrates im Augenblick nicht viel mehr als eine schöne Gefete. Sie lassen sich nicht im Handumdrehen verwirklichen. Für ihre Durchführung wäre vor allem ein stabiler positiver Kurs Voraussetzung. Daß die jetzige Reichsregierung sich ernsthaft für die Durchführung der R.W.R.-Vorschläge zur Belebung des Baumarktes, die in einer ganz anderen politischen Situation beschlossen wurden, einsehen wird, muß man bezweifeln.

Dividenden

Die Gesetz-Gesetz in Berlin läßt es, wie in den Vorjahren, bei einer jüßen Dividende von 10 Prozent bewenden. Der Rohertrag hat sich von 0,8 Millionen auf 10,5 Millionen gesteigert. Für den Reingewinn liegt eine Erhöhung von 1,8 Millionen auf 1,64 Millionen Mark vor. Das Anlagekonto ist stark angewachsen. Die finanziellen Auswirkungen des Zusammenschlusses mit der Deutschen Allianzgesellschaft für Netto-Erzeugnisse erwartet das Unternehmen erst im kommenden Abschluß.

Die Energie- und Gasfach-Aktiengesellschaft West-Gasen in Zwickau i. Sa., die seit dem Vorjahr die Energiebetriebe der Stadt Zwickau aufzukaufen scheint, kommt im vergangenen Jahr ihre Steuerabgabe trotz der schwierigen Gestaltung des wirtschaftlichen Verhältnisses auf. Der Reingewinn wird mit 841 000 Mark angegeben, woraus eine Dividende in Höhe von 8 Prozent auf das Aktienkapital von 8 Millionen Mark gezahlt wird.

Die neuw. Wirtschaftsprüfung in den verschiedenen Industrien wird auch durch folgende Biffen über die Wirtschaftsklausur illustriert. Von Ende Dezember 1929 bis Ende März 1930 sind bei großen Wanten die Dividenden von 8,89 auf 7,37 Millionen Dollar oder um rund 12 Prozent zurügegangen, nachdem von Ende März bis Ende Dezember 1929 eine Steigerung von 1,15 auf 0,49 Millionen Dollar oder um 67 Prozent

Fußballvorhersage für Sonntag

Nachdem nun die erste Halbzeit bis auf einige Serien Spiele hindeutet, werden von den Vereinen Gesellschaftsspiele stattfinden. Hier werden sich Freunde in Röderwitz, hier werden sich Freunde in Röderwitz haben, sich zwei wichtige Punkte mit nach Hause zu bringen.

1928 – 1929 ist das andere Spiel. 1929 wird wohl gegen Strehlen einen leichten Sieg erringen können. 1929 ist auf dem U.S.S.-Platz erst am Schluss festzustellen. Ungefähr 1929 gegen Bratislawia. Die Gäste von Union werden sich wohl mühtig anstrengen. Osowit – Blau-Weiß. Der Spitzenreiter der C-Gruppe wird in Orlitz einen Gegner finden, der ihn leicht schlagen läßt. U.S.S. – Vorwärts-Brieg. Hier wird wohl U.S.S. im Bebelpark seinen Sieg wie in Brieg wiederholen können. Vorwärts hat sich Märzdorf verpflichtet und wird wohl dem Gast das Nachsehen geben. Sparta – Falke. Die aufstrebenden Spartancer werden gegen Falke-Neukirch gewinnt einen Sieg landen. Südfeld – 1924. Mit einem sicheren Sieg von Südfeld ist hier zu rechnen. In Strehlen wird sich Hertha gewaltig anstrengen müssen, da sich die Strehler auf eigenem Platz schwer eine Niederlage beibringen lassen. Einigkeit – West. Hier einen Sieger zu nennen, ist schwer, da beide Gegner gleichwertig sind. Adler – Fortschritt. Beides noch junge Vereine, die wohl ihre Anhänger nicht enttäuschen werden. Tasmania gegen 1929 in Maria-Högl. Hier ist mit dem Sieg von Tasmania zu rechnen.

Seelenspiele für den 18. Mai

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter)

- 16.30: Röderwitz I – Freie Sportfreunde I; Röderwitz; Kühlstädt.
- 16.30: 1929 I – 1921; Goldschmieden; Tittmann.
- 10.00: Hertha III – Einigkeit III; Moabit; Stod.
- 10.00: West III – Stern III; Eichendorff; Kunoth.
- 9.00: Silesia-Kiders 1. Jgd.; Sparta 1. Jgd.; Stadion; Kulla.

Schülermannschaften:

- 10.00: Union I – Rapid 1; Deutsch-Lissa; Verein.
- 9.00: Wader I – 1928 I; Bebelpark; Verein.
- 10.00: W. I – West I; Gaudau; Verein.
- 10.00: Stern I – Blau II; Gräbchen; Verein.

Gesellschaftsspiele

- 17.00: Einigkeit I – West I; Groß-Mochbern; Weiß.
- 15.00: Einigkeit II – West II; Groß-Mochbern; Schloß, Fr.
- 13.45: Einigkeit 1. Jgd. – West 1. Jgd.; Groß-Mochbern; Schloß.
- 10.00: Tasmania I – 1929 I; Maria-Högl; Schloß.
- 10.00: Adler I – Fortschritt 1; Schwartau; Kunze.
- 9.00: Union 3. Jgd. – Sturm 3. Jgd.; Deutsch-Lissa; Kloster 1929.
- 10.00: Union 2. Jgd. – Sturm 2. Jgd.; Deutsch-Lissa; Kloster 1929.
- 14.00: Sparta 1. Bez. – Falke 1. Bez.; Schlachthof; Kluge.
- 17.30: Hundsfeld I – Silesia-Kiders 1; Hundsfeld; Winkler.
- 15.30: Hundsfeld II – Silesia-Kiders II; Hundsfeld; Kunzle; Wader.
- 10.00: Silesia-Kiders 2. Jgd. – Hundsfeld 3. Jgd.; Stadion; Kulla.
- 9.00: West 2. Jgd. – U.S.S. 2. Jgd.; Eichendorff; Spiller.
- 16.00: U.S.S. 1. Bez. – Vorwärts Brieg 1; Bebelpark; Wende 2.
- 16.00: U.S.S. 1. Jgd. – U.S.S. 1. Jgd.; Bebelpark; Mügelnau.
- 8.30: U.S.S. 3. Bez. – U.S.S. 3. Bez.; Bebelpark; Machner 2.
- 10.00: Stern 1. Jgd. – Bratislawia 1. Jgd.; Gräbchen; Kroll.
- 9.00: Stern 2. Jgd. – Bratislawia 2. Jgd.; Gräbchen; Kroll.

Fußball-Gesellschaftsspiele am 18. Mai

- 16.00: Vorwärts I – Märzdorf 1; Stadion; Ulrich (Stern).
- 10.30: Falke 1. Schüler – Blau 1. Schüler; Neukirch; Verein.
- 11.10: Falke 2. Schüler – Blau 2. Schüler; Neukirch; Verein.
- 8.30: Union 3. Jgd. – Sturm 3. Jgd.; Deutsch-Lissa; Winkler.
- 9.30: Union 2. Jgd. – Sturm 2. Jgd.; Deutsch-Lissa; Winkler.
- 10.30: Union Alte Herren – Wader 3. Bez.; Deutsch-Lissa; Wende 2.
- 12.30: Union Schüler – Rapid Schüler; Deutsch-Lissa; Verein.
- 13.30: Union 1. Jgd. – Falke 1. Jgd.; Deutsch-Lissa; Röder.
- 14.30: Union 2. Bez. – Bratislawia 2. Bez.; Deutsch-Lissa; Henzel, A.
- 16.00: Union 1. Bez. – Bratislawia 1. Bez.; Deutsch-Lissa; Winkler Sportfreunde.
- 16.30: Blau I – Sturm I; Ottakrön; Quatz.
- 14.30: Blau II – Sturm III; Ottakrön; Röder 2. Süd.
- 10.00: Blau III – Sturm III; Ottakrön; Winkler Tasmania.
- 16.00: Osowit I – Blau-Weiß 1; Osowit; Schloss U.S.S.
- 16.00: Sparta I – Falke 1; Schlachthof; Ritter Süd.
- 10.00: Sparta 2. Jgd. – Tasmania 1. Jgd.; Schlachthof; Verein.
- 16.30: Südfeld I – 1924 I; Klettendorf; Nieder.
- 14.30: Südfeld II – 1924 II; Klettendorf; Sauer.
- 9.30: Südfeld III – Blau IV; Klettendorf; Scheibel.
- 10.00: Sturm 1. Jgd. – U.S.S. 1928 1. Jgd.; Goldschmieden; Lindner.
- 9.00: Adler 1. Jgd. – Wader 1. Jgd.; Schwartau; Kunze.
- 14.00: U.S.S. 1928 2. Bez. – 1921 2. Bez.; Goldschmieden; Ede.
- 10.00: Hundsfeld 1. Jgd. – Südfeld 1. Jgd.; Hundsfeld; Grindel.
- 8.30: Fr. Sportfreunde 1. Jgd. – Blau 2. Jgd.; Zantholzwick; Lukas.
- 9.30: Fr. Sportfreunde Schüler – Hundsfeld Schüler; Zantholzwick; Wiese; Verein.
- 10.30: Fr. Sportfreunde 2. Bez. – Blau 2. Bez.; Zantholzwick; Grindel.
- 9.15: Rapid 2. Schüler – Stern 2. Schüler; Hirschdorff; Verein.
- 12.00: U.S.S. 3. Jgd. – Blau 3. Jgd.; Bebelpark; Wende.
- 16.00: Strehlen 1. Jgd. – Hertha 1. Jgd.; Strehlen; Puske.

Fußball-Gesellschaftsspiele am 18. Mai

- 1. Gräbchen-Abteilung. Tagessour nach Wohlau. Sonnabend, 7.15 Uhr Hauptbahnhof, rechtes Portal. Radfahrer 4,30 Uhr am Brodauer Platz.
- Freie Turnerschaft Breslau E. V.
- 1. Frauen-Abteilung. Tagessour nach Wohlau. Sonnabend, 7.15 Uhr Hauptbahnhof, rechtes Portal. Radfahrer 4,30 Uhr am Brodauer Platz.
- Wasserport
- Freie Kanuvereinigung. Sonntag, früh 7 Uhr, alles im Bootshaus. Kanuverleiher-Welle und Anpaddeln.
- 1. Arbeiter-angler-Verein Breslau e. V. Einüscherung des Sportgenossen Anton Ullmann heut, 17 Uhr, Krematorium Gräbchen.
- Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer, Kreisgruppe Breslau
- ausfahrt für 18. Mai
- 1. Abteilung: Smortawa, Start 6 Uhr Vereinslokal, 2. und 3. Abteilung: Kuras, Start 7 Uhr Ring, 4. und 5. Abteilung: Waldmühle, Start 7 Uhr Waterlooplatz, 6. und 7. Abteilung: Peitzerwitz, Start 8 Uhr Vereinslokal, 8. Abteilung: Domang, Start 5,30 Uhr Sabotawitz, 9. Abteilung wie 2. und 3. Abteilung.
- Jugendabteilung. Nach Peitzerwitz, Start 17. Mai, 17 Uhr, Helm West; Königsplatz, Helm Nord; Bauschulplatz, Helm Süd; Gustav-Frentzstrasse, Ecke Hubenstraße.
- Motorradfahrerabteilung. Nach dem Neubnitzer Südpark, Start 18 Uhr am Sonnenplatz.
- Arbeiter-Rad- und Radfahrer-Verein Breslau e. V. Versammlung am Sonnabend, den 17. Mai, im Vereinslokal Klein-Wasselswitz.
- Touristenverein „Die Naturfreunde“
- Sonntag, den 18. Mai,

Gewinn-Spiele

Am 15. Mai 1930 verschied im St. Georg-Krankenhaus, nach kurzen, schweren Leiden die Ehefrau unseres Genossen Hermann Gaber
Frau Gaber
im hohen Alter von 88 Jahren. 1972
Wir werden Ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Genossen u. Freunde der Ortsgruppe
Kommunistische Partei Deutschlands
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 17. Mai,
nachmittags 2.30 Uhr, in Ransow statt.

roletarier!
Beseitigt die Hindernisse des
Sprachschrankens! Lernt die
Wortsprache Esperanto,
die von Arbeitern aller Nationen
gesprochen und verwendet wird

GERLTS.
VERLOBLINGS.
A HOCHZEITS.
TODES.
ANZEIGEN
Reicht schnell die
Volkswacht-Buchdruckerei
Florianstraße 14.

Jabelhaft billige Damen- jahres- Mäntel
Neue und gebrauchte
Anzüge auch für starke Figuren
gibt billig ab
Nur Ring 60
im Hof links.

Genossen!
Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht
Neu eröffnet!
Gelegenheitsläufe
aller Art
Hummel 45

Balzac:
Modeste Mignon
Dinah Biédelet
Jerragus

André Gide:
Verliebe des Batikans

Mark Twain:
Der geheimnisvolle
Fremde

Joh. V. Jensen:
Das Rad

Mörike:
Die Historie von der
schönen Lou

W. Hauff:
Die Karawane

J. W. Goethe:
Empfindsame Geschichten

Rahel Varnhagen:
Ein Lebensbild aus ihren
Briefen

Russisch-Liebesgeschichten
Novellen der russisch. Bibliothek

Remisow:
Russische Frauen 112 Seiten

Das Ein-Mark-Buch der Volkswacht!

Breslau gib acht!

Die richtigen Hüte, zur richtigen
Zeit, zum richtigen Preis von

TETZ

5 90



Kleidsamer
Frauen-Hut

mit Cremel-Einsatz, apart garniert,
schwarz, marine, mode . . .

Jugendliche Glocke 4 90

aus buntem Stroh

Hübscher Frauenhut 4 90

auch in großen Weiten, mit Atlasband garniert

Glocke aus Hanfborde 6 90

mit breitem Spitzenrand

Großer Kleiderhut 7 90

frische Form, mit durchbrochenem Rand

Leonhard Tetz A.-G., Breslau, Ohlauer Straße 71-73

Max Schönfelder

Rässer-Wöhrei • Tee-Import
Bären-Verland-Haus u. Weingroßhändl.
Breslau I., Albrechtstraße 58

Breite u. Qualität sagen alles!

Aus der Fülle und Reichhaltigkeit
meiner Bestände bringe ich heute

4 Schläger des Augenblicks

1/4 Kiloße Brehbohnen, anstatt nur
gartfleischig 0.80 0.48

1/4 Kiloße Apfelsinus, blütenweiß 0.75 0.50

1/4 Kiloße Stachelbeeren, taschfleischig 0.95 0.75

1/4 Kiloße Senigarten, taschfleischig 1.10 0.82

Diese 4 Schläger zusammen anstatt 2.55
gebe ich, solange der Vorrat reicht, zu dem enorm billigen
Preise von nur Mt. 2.50 ab.

Ferner stelle ich zur sofortigen Räumung:

Zirka 30000 drei- bis vierjähriges Pfund
Kallhorn, Delikates-Pflaumen
seien reichhaltige Qualitäten, zu nachstehend
aussergewöhnlich billigen Preisen:

Mittelgroße, d. Pf. anstatt 0.70 nur 0.50

5 Pf. 2.65

Große d. Pf. anstatt 0.80 nur 0.62

5 Pf. 3.00

Echte grobe, d. Pf. anstatt 1.00 nur 0.68

5 Pf. 3.30

Außen meinen anerkannt vorzüglichsten
Baccott-Schlagsaucen

zu Mt. 0.60, 0.80, 1.00 je Pf.

bringe ich heute meine Sonder-Spezialität

Zum Schlesischen Himmelreich

d. Pf. nur Mt. 0.45 zum Verkauf.

Üllerfeinstes La Ringäpfel

blütenweiße, zartfleischige Ware zu dem
etwas billigen Räumungspreise von

nur Mt. 0.62 je Pf., 5 Pf. Mt. 4.00

Beste Hartgrape-Maffaroni (Bruch)

je Pf. anstatt Mt. 0.55 nur Mt. 0.44

5 Pf. Mt. 2.10

La Soetgries-Grießknüttmadeln

anstatt je Pf. Mt. 0.65 nur Mt. 0.55

5 Pf. Mt. 2.55

Aus einem sehr vorteilhaften Bezug
von Marmeladen und Konfitüren etc.

biete ich sehr billig an:

La Gemischte Marmelade 2 Pf. -Giner 0.92

La Zitronen-Konfitüre 2 Pf. -Giner 1.38

La Apfel-Konfitüre mit Himbeere oder
Endbeer-Gefüllung 2 Pf. -Giner 1.28

Abteilung: **Meat-, Wurstwaren,**

Salate, Rösesorten

verkaufe ich bei nur 1a Qualitäten zu den
bekannt billigen Sonderpreisen unver-

ändert weiter. 1937

Beachten Sie meine Schausäster-Anstalten!

Prüfen Sie Preise und Qualitäten!

Das Ergebnis steht fest:

Sie werden meine Angebote gern
benutzen und bestimmt Geld sparen!

Verkauf und Verhandlung nur Albrechtstr. 56

Tel. Nr. 204 23 u. 274 02, Postleitzahl Breslau Nr. 933

An 3 Tagen

der nächsten Woche

Montag, den 19.

Dienstag, den 20.

Mittwoch, den 21.

Mai, verkaufen wir jeden
nebenstehend aufgeführten
Titel, solange der Vorrat
reicht, für

100
MK.

Böllwacht-

Buchhandlungen

Neue Graupenstraße Nr. 5

Friedrich-Wilh.-Str. 105

Inserata erzielen in dieser
Zeitung größten Erfolg!

kleine Werke

find komisch geigte ein-
poligkeiten von Ver-
käufern, Kaufleuten u. a.
nur von Preiswerten. Mt.
3. Wennig, fest 4 Pfennige.

Weschlomede (Eiche) mit
einem Marmor vert. Revia-
domste, Ohlauerstraße 82

Eine Bettstelle, einen 4-türig.

Handwagen verkauf preis-
wert Karoya, Lenzenstr. 82.

Guterhalten. Westenherren-
rad für 35 Mt. zu verkaufen.

Studiarad, Küstentraße 127.



,Na — wer ist nun besser daan?"

„Jetzt hast du Zwiebeln, Seli-
erte, Lauch, Zitrone und
Gewürze eingekauft. Das
musst du alles einzeln vor-
bereiten, dann Mehlschwitze
anrühren usw. Ich habe es
nicht mehr nötig, weil ich
Knorr-Bratensoße ver-
wende.“ Alle Bestandteile
einer pikanten Tunke, von
der Mehlschwitze bis zum
feinsten Gewürz, sind in
Knorr-Bratensoße enthal-
ten. Ein Würfel zu 15 Pfennig
gibt ohne jede Zutaten so viel
Soße wie 2 Pfund Braten.

1 Würfel = 1/4 Liter = 15 Pf. Versuchen Sie Lieder-

Makkaroni dazu

Knorr
Bratensoße

